



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Beim Pressegespräch (v. l.): Städtetagsvorsitzender Dr. Ulrich Maly, Erster stellvertretender Vorsitzender Hans Schaidinger, Schweinfurts Oberbürgermeister Sebastian Remelé und Zweiter stellvertretender Vorsitzender Michael Sedlmair. Fotos: Hipp

Bayerischer Städtetag in Schweinfurt:

Bürgerbeteiligung zwischen Marktplatz und Internet

Jenseits vom Ideal der Bürgernähe hat sich seit Stuttgart 21 das Schlagwort Wutbürger etabliert. Bürger wollen sich beteiligt wissen, fühlen sich nicht selten ausgegrenzt und unzureichend informiert. Bei Bauprojekten besteht Bedarf zur Mitbestimmung an der Planung. Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bei der Vollversammlung des Verbandes in Schweinfurt betonte, „lebt gerade im Kommunalen die Demokratie – hier entwickelt sich Bürgerbeteiligung weiter und wächst eine neue Beteiligungskultur.“

Seit 1995 ergänzen in Bayern Bürgerbegehren und Bürgerentscheid das Prinzip der repräsentativen Demokratie auf kommunaler Ebene. Laut Maly kann Bürgerbeteiligung das Verhältnis von Bürgerschaft, Verwaltung und Politik verbessern. Bürgerbeteiligung – sei es real mit dem Gespräch auf dem Marktplatz, oder virtuell über Internet – lasse gegenseitiges Verständnis wachsen. Demokratie entwickle sich in einem beständigen Lernprozess fort. Nun bekomme der Strukturwandel der Öffentlichkeit einen Schub mit neuen technischen Möglichkeiten bei Information und Kommunikation, die mehr Partizipation ermöglichen, allerdings bauten rechtliche Regelungen und formale Beteiligungsverfahren Hürden auf.

„Betroffene zu Beteiligten machen – das ist ein wohlklingender Satz. Aus Betroffenheit wächst Interesse, woraus sich politisches

Engagement entwickeln kann. So kann die Empörung über ein Bauprojekt schließlich in eine Bürgerinitiative münden“, erklärte der Städtetagschef. Doch sei das Thema Betroffenheit so eine Sache: „Wenn eine Tram-Trasse zur De-

Gemeinwohlorientierung

batte steht, sind dann nur Anlieger betroffen, die Lärm und Verkehr fürchten, oder sind das auch die Fahrgäste der neuen Tram?“

Erster bayerischer Ehrenamtskongress in Nürnberg:

Ehrenamtliche sind unverzichtbar

Rund 3,8 Millionen Menschen sind in Bayern ehrenamtlich engagiert: im Rettungsdienst, im Fußballverein oder als Vorleserin im Kindergarten. Warum engagieren sich Menschen ehrenamtlich und wie gelingt es, weiterhin Interessierte zu finden? Wie verändert sich das Ehrenamt und wie kann der Staat bürgerschaftliches Engagement vor Ort unterstützen? Der erste bayerische Ehrenamtskongress in Nürnberg, an dem über 400 haupt- und ehrenamtliche Koordinatoren des Ehrenamts sowie Vertreter aus Wohlfahrtsverbänden, Kommunen, Sport, Kultur und Vereinen teilnahmen, griff diese Fragen praxisnah auf.

Veranstaltet wurde die erstmals bundesweit in dieser Form stattfindende Tagung vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen zusammen mit der Hochschul-Kooperation-Ehrenamt, der Stadt Nürnberg sowie dem Dachverband der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern. Auf dem Programm standen internationale Vorträge und Foren sowie Exkursionen zu best-practice-Beispielen aus dem ehrenamtlichen Bereich vor Ort. Gleichzeitig hatten Ehrenamtliche und Koordinatoren die Möglichkeit, sich zu vernetzen.

Koordinierungszentren

zender des Bayerischen Roten Kreuzes Niederbayern/Oberpfalz und als Aufsichtsratsvorsitzender des Kolpingbildungswerkes Re-



V. l.: Sozialstaatssekretär Markus Sackmann, Schauspielerin Uschi Glas, MdL Dr. Thomas Beyer, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern und Prof. Dr. Doris Rosenkranz, Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg. □

boten dann vielleicht zurückstehen müssen. Tatsache sei: „Die Frage nach dem Ausgleich zwischen Privatwohl und Gemeinwohl hält den bayerischen Bürgermeister stets aufs Neue auf Trab“. Gewählte Bürgermeister und Räte müssten sich kraft Gesetzes immer am Gemeinwohl orientieren. Bei persönlicher Beteiligung sei ihnen die Mitwirkung an Entscheidungen ausdrücklich verwehrt.

Verständliche Sprache

Als Bedingungen für direkte Demokratie formulierte Maly: „Wir müssen den Gegenstand in eine verständliche Sprache bringen.“ Komplexe Probleme müssten als einfache Frage formuliert werden, die sich mit Ja oder Nein beantworten lässt. Und: „Wir müssen verständlich bleiben: Politik ist Übersetzungsarbeit.“ Benötigt werde eine „gesamstädtische Betroffenheit“.

Maly warnte davor, Web 2.0 (Fortsetzung auf Seite 4)

Asylbewerberleistungen:

Kostenanstieg für Kommunen

Stellungnahmen zur Bundesverfassungsgerichts-Entscheidung

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat vor kurzem klargestellt, dass die derzeitigen Leistungen für Asylbewerber gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstoßen. „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“, urteilte das BVerfG. Beschlossen wurde eine Übergangsregelung, die an die Hartz-IV-Sätze angelehnt ist und die den vom Gesetz betroffenen Haushaltsvorständen 336 Euro und Haushaltsangehörigen 260 Euro zuspricht. Dies gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2011. Das Gericht wies darauf hin, dass der Gesetzgeber bei einer Neuregelung der Leistungssätze eine konkrete Bedarfsberechnung zugrunde legen müsse.

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus: „Asylbewerber erhalten höhere Geldleistungen, soweit der Bedarf nicht, wie im Gesetz vorgesehen, vorrangig durch Sachleistungen abgedeckt wird. Eine Anhebung der Leistungen ist angesichts der jahrelang gestiegenen Lebenshaltungskosten gerechtfertigt und überfällig. Für die Kommunen ist nun ein deutlicher Kostenanstieg zu erwarten, da sie neben den Ländern das Asylbewerberleistungsgesetz zu einem erheblichen Teil finanzieren. Die Städte erwarten jetzt mehr denn je, dass die Länder die stark steigenden Kosten übernehmen.“

Für das laufende Jahr 2012 rechnen die Kommunen mit voraussichtlich 44,8 Mrd. Euro an Sozialausgaben. Damit haben sich die Sozialausgaben der Kommunen in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt.

Finanzierungsfrage

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Auffassung, dass die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern staatliche und keine kommunalen Aufgaben und daher auch vollständig von den Ländern bzw. dem Bund zu finanzieren sind. (Fortsetzung auf Seite 4)

Zusätzliche Belastungen

Wie hoch die Mehrbelastungen für die einzelnen Kommunen nun ausfallen, sei wegen unterschiedlicher Regelungen in den Ländern zur Kostentragung nicht im Einzelnen bezifferbar, so Articus. Sicher sei allerdings, dass die Mehrausgaben viele Kommunen angesichts schwieriger Haushaltssituation zusätzlich belasten.



Spätestens seit den Wagner-Festspielen in Bayreuth und der Diskussion um das Auftrittsverbot eines russischen Opernsängers ist das Tattoo-Phänomen wieder in aller Munde. Der Bürgermeister jedenfalls sieht darin einen Fall von irregeleiteter Geschmack oder aber übergroßer Lust an der Provokation. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

Finanzausgleich: Im Alleingang nach Karlsruhe	Seite 2
Berufsfachschulen für Musik: Ein kultureller Segen	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Smartphone-Apps als Helfer vor Ort	3
Stadtmarketingpreis 2012: Kreativität ist Trumpf	3
GZ-Fachthemen:	
Garten- und Landschaftsbau	5
Kommunaler Bau	6-7
Umweltschutz	7
Wasser	8
Aus den bayerischen Kommunen	9-12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bayern klagt gegen Länderfinanzausgleich:

Im Alleingang nach Karlsruhe

Opposition fordert Verhandlungen mit Geber- und Nehmerländern

Im jahrzehntelangen Streit um den Finanzausgleich zwischen den 16 Bundesländern, davon vier Geberländern mit Bayern an der Spitze, wird der Freistaat das Bundesverfassungsgericht anrufen. Die Klage gegen die 2019 auslaufende Ländervereinbarung betrifft die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern und dann die Auswirkungen auf die Kommunen. Auf der zweiten Stufe sehen sich die vier Geberländer, vor allem Bayern, dann Hessen, Baden-Württemberg und in geringer Weise Hamburg benachteiligt.

Der Klagebeschluss der Staatsregierung hat im Landtag trotz grundsätzlicher Übereinstimmung zu heftigen, politischen Auseinandersetzungen geführt: Regierungskoalition und Freie Wähler stimmten der Klage zu, SPD und Grüne warfen der Koalition vor, statt zumindest mit den Geberländern einen Schulterabschluss herzustellen, das wichtige Thema für den Wahlkampf 2013 zu missbrauchen.

Die Verhandlungen seien bisher ohne Erfolg geblieben, konstatierte Philipp von und zu Lerchenfeld (CSU). Man habe gehofft, bis diesen Sommer einen verbindlichen Entwurf der Geberländer vorlegen zu können. Aber nichts sei geschehen. Deswegen sei es notwendig, dass das ganze ungerech-

te und leistungsfeindliche LFA-System auf den gerichtlichen Prüfstand komme. Die Interessen Bayerns zu vertreten, habe mit Wahlkampf nichts zu tun. Das Karlsruher Urteil sei ohnehin erst 2014 zu erwarten. CSU-Fraktionschef Georg Schmid verwies darauf, dass Bayern von 1950 bis 1991 3,4 Mrd. Euro aus dem Länderfinanzausgleich erhalten habe. Allein im vergangenen Jahr habe der Freistaat 3,66 Mrd. Euro einbezahlt.

Verhandlungsaufnahme

Das ließ die Opposition nicht gelten. „Wir sagen seit 2008, wir brauchen ein neues System“, erinnerte Volkmar Halbleib (SPD). Aber die CSU habe damals dem

Finanzausgleich in Bundestag und Bundesrat zugestimmt, von einer guten Lösung gesprochen und kein neues Konzept vorgelegt. So könne man nicht sagen, welchen Erfolg eine Klage haben könne oder werde. Wahrscheinlich werde das neue Konzept erst nach der Landtagswahl im Herbst 2013 von einer Staatsregierung ohne CSU vorgelegt. Eike Hallitzky (Grüne) war gleicher Meinung. Die CSU verweigere seit Jahren jede Aktivität zum Länderfinanzausgleich. Die Zusammenhänge mit der Wirtschaft müssten klargestellt und die Interessen der Nehmerländer berücksichtigt werden, wenn man gegenüberstelle, dass Bayern 2011 rund 3,66 Mrd. Euro zahle und allein Berlin 3,04 Mrd. Euro bekomme. Die bloße Gegenüberstellung sei unsolidarisch. Es müssten sofort Verhandlungen aufgenommen werden. Die Klage sei schädlich.

Urteil wohl erst 2016/17

Die Freien Wähler wollen beides gleichzeitig tun, wie Manfred Pointner ausführte. Auch er monierte, dass die CSU den schlechten Finanzausgleich zum Nachteil Bayerns und letztlich auch der Kommunen stets mit beschlossen habe. Eine Klage sei schnellstmöglich einzureichen, ohne Verhandlungen auszuschließen. Mit einem Gerichtsurteil sei womöglich erst 2016/17 zu rechnen.

Karsten Klein (FDP) verteidigte die Koalition gegen den Vorwurf, die Klage ohne Vorbereitung einzureichen. Im September 2010 hatten Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ein Gutachten zur Neuordnung des Finanzausgleichs vorgelegt, im Dezember letzten Jahres ein zweites. Der Nachbesserungsbedarf gehe daraus klar hervor. Seitens der Nehmer habe es dazu keine ernst zu nehmende Stellungnahme gegeben. Inzwischen habe der Regierungswechsel in Stuttgart von schwarz-gelb auf grün-rot eine neue differenzierte Situation geschaffen.

Solides Ausgleichssystem

Staatsminister Thomas Kreuzer (CSU) kam zu dem Schluss, die Klage müsse eingereicht werden. Zumal sich die Leistungsfähigkeit der Länder weiter stark auseinander entwickle. „Wir sind zuversichtlich, dass das Bundesverfassungsgericht den Anstoß gibt, ein gerechtes, solides Ausgleichssystem zu schaffen.“ Der Dringlichkeitsantrag von CSU und FDP wurde in namentlicher Abstimmung auch von den Freien Wählern angenommen. Darin heißt es, mit dem im gerechteren System frei wendenden Mitteln „können eigene politische Schwerpunkte, wie beispielsweise die Tilgung der staatlichen Schulden in Bayern gesetzt werden“.

Neukonzeption

Im SPD-Antrag stand, die Klage sei keine gute und sachgerechte Wahrnehmung bayerischer Interessen beim Länderfinanzausgleich. Durchsichtige parteipolitische und wahltaktische Motive bestimmten die Klage. Die Grünen schließlich wollten die Staatsregierung auffordern, eine Neukonzeption für den Ausgleich zu erarbeiten, auf dieser Grundlage mit den anderen Bundesländern zu verhandeln und von der Verfassungsklage abzusehen. Beide Anträge erhielten nur die Stimmen von SPD und Grünen. Seehofer hofft, dass sich Hessen und Niedersachsen trotz zunächst erklärter Zurückhaltung nach weiterem Scheitern von Verhandlungen der Klage anschließen; ungeachtet heftiger Proteste auch CDU-regierter neuer Bundesländer in Ostdeutschland. **rm**

„Bayern hat beste Lebensbedingungen“

Ministerin Haderthauer legt den dritten Sozialbericht in den Parlamentsferien vor

Als Orientierungsdokument mit vielen positiven Perspektiven für Bayerns Zukunft, aber auch mit Warnsignalen, hat Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) den vom Landtag erwarteten dritten Bericht zur sozialen Lage veröffentlicht.

Demnach weist der Freistaat mit aktuell 3,4 Prozent bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote auf. Allerdings steigt die Zahl der unsicher Beschäftigten, wie Leiharbeiter, „Mini-Jobber“ und sozialversicherungsfreie Arbeitsverhältnisse. Jugendliche beziehen mehr Sozialhilfe als Rentner und Probleme gibt es auch bei der Integration von immer mehr Einwanderern. Für die Ministerin sind diese und viele andere Einzelheiten des 480 Seiten dicken Berichts Bestätigung der Regierungspolitik. Bayern sei sozial und wirtschaftlich erfolgreich. „Dank unserer auf soliden und sozialen Ausgleich bedachten Politik haben die bayerischen Bürgerinnen und Bürger die besten Lebensbedingungen.“

Diskussion über Veröffentlichungszeitpunkt

Der Landtag hatte im Februar eine kontroverse Aussprache zu einer Regierungserklärung der Sozialministerin, dennoch kam die Veröffentlichung des insbesondere von der Opposition angemahnten dritten Sozialberichts nun, eine Woche nach Beginn der parlamentarischen Sommerferien, überraschend. Der Zeitpunkt wurde auch von den Regierungsfractionen kritisiert. Sie sei von dem Termin überrascht und bedaure das sehr, sagte die Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses Brigitte Meyer (FDP). Ihr Stellvertreter Joachim Unterländer (CSU) deutete Kritik an, als er kommentierte, es wäre schön, „wenn wir mehr über Konsequenzen des Berichts sprächen und nicht immer nur über das Procedere.“ Die Opposition wurde deut-

cher. SPD-Sozialsprecher Hans-Ulrich Pfaffmann nannte die überraschende Vorlage des Berichts eine Unverschämtheit und selbstherrliches Verhalten. Mit der Veröffentlichung in der Sommerpause solle die Ministerin bewusst dafür sorgen, dass das Parlament und die Sozialverbände, aber auch die Kommunen, kaum Möglichkeiten haben, Stellungnahmen abzugeben. Auch die Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause sprach von einer „Missachtung von Betroffenen, Verbänden und Parlament.“ Ähnlich äußerte sich auch der FW-Vorsitzende Hubert Aiwanger. Sie bezogen sich insbesondere auf Äußerungen aus den Wohlfahrtsverbänden und von Sozialexperten der Kommunen, die nicht ausreichend zu Wort gekommen seien. Haderthauer wies das zurück. Die Verbände seien über einen „beratenden Beirat“ an der Erarbeitung des Berichts beteiligt worden.

Enormer Wohlstand

Die Ministerin fasste zusammen, „Bayerns Bürger genießen mit den höchsten Wohlstand in Deutschland.“ Die Privathaushalte verfügten im Schnitt über rund 20 Prozent - etwa 31 000 Euro - höheres Nettogehaltsvermögen als in Westdeutschland. Dank der hervorragenden Lage am Arbeitsmarkt liege das Niveau der Bruttolöhne 4,6 Prozent über dem in Deutschland. Die positive Situation setze sich auch bei den Rentnern und Rentnerinnen fort. Ihr monatliches Haushaltsbruttoeinkommen liege mit 2454 Euro im Durchschnitt deutlich über dem Westdeutschlands.

Berufsfachschulen für Musik:

Ein kultureller Segen für das Land

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Vor drei Jahrzehnten bestand die Gefahr, dass die in Bayern besonders qualifizierte Laienmusik in Chören und Musikensembles einging oder zumindest an Qualität verliert, weil ausgebildete Dirigenten und Initiatoren fehlen werden. Das damalige Staatsministerium für Unterricht und Kultus betrachtete das Problem als zukunftsweisend und schlug vor, eine neue Schulgattung einzuführen, nämlich je Bezirk eine Berufsfachschule für Musik.

Zwar wäre angesichts der angestrebten Qualität eine Fachakademie richtiger gewesen. Diese Klassifizierung war aber durch die Konservatorien belegt. So blieb das angestrebte Ziel, Berufsfachschulen für Musik zu errichten. Angesichts der bayerischen Regionalstruktur bot sich an, die Bezirke als Schulträger oder zumindest als Initiatoren und Mitträger zu fördern.

Aufbruchstreben

Das seinerzeitige Aufbruchstreben der bayerischen Bezirke, regional ausgeprägte differenzierte Aufgabenträger zu werden, kam diesem Bestreben entgegen. So entstand nach und nach in jedem Bezirk eine solche Einrichtung entweder in Eigentragerschaft des Bezirks oder unter Mitträgerschaft örtlicher Kommunen und schließlich sogar in private-public Rechtsformen. In späterer Zeit kamen noch Berufsfachschulen in privater Trägerschaft dazu, entweder speziell für Behinderte, z. B. für Blinde oder für moderne Musikgattungen. Heute gibt es insgesamt elf Berufsfachschulen für Musik in Bayern.

Erfolgreiches Resümee

Nach nunmehr drei Jahrzeh-

Die Opposition verweist darauf, im Bericht stehe, 38 Prozent der Menschen fühlten sich für ihr Alter nicht ausreichend gesichert. Wenn Rentner in Bayern weniger oft als andernorts Leistungen der Grundsicherung im Alter - früher die Sozialhilfe beanspruchten, seien Unwissenheit, Scham, Stolz oder familiäre Hilfe der Grund. Margarete Bause meinte, der Bericht zeige eine überdurchschnittliche Altersarmut. Es stelle sich die Frage, ob das nicht auch auf die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf zurückzuführen sei.

Integration

Viel soziale Unzulänglichkeit sieht die Opposition auch in der Integration von Einwanderern. Ihr auf 19,4 Prozent gestiegener und weiter steigender Bevölkerungsanteil werde zunehmend ein soziales Problem. Als Schlüssel zur Integration nennen alle Oppositionsfractionen vor allem die Existenzsicherung, die auch von Ministerpräsident Horst Seehofer als eine Grundaufgabe der positiven Entwicklung in Bayern erachtet wird.

Krippenausbaugarantie

Haderthauer sieht Bayern auch in der Familienpolitik im Vergleich als „einsame Spitze“. Allein heuer würden 2,4 Milliarden Euro investiert. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm „sind wir das einzige Bundesland mit einer Krippenausbaugarantie.“ Die Betreuungsquote in Kindertagesstätten habe sich für die Ein- bis Dreijährigen nahezu verdoppelt. Die kontroverse Diskussion des Sozialberichts im Landtag soll im September nachfolgen. Dabei sollen im Sozialausschuss auch Sachverständige zu Wort kommen. **rm**

deutung als mittlere Ebene zwischen Musikschule und Musikhochschule. Sie sollten angesichts ihres dreißigjährigen Erfolges zu den neuen Fachakademien für Musik aufgewertet werden, die zugleich die Verzahnung zu den bayerischen Musikhochschulen wahrnehmen, was sich auch durch das gemeinsame Ergebnis eines Bachelors in Musik aufwerten ließe. Sie sind mittlerweile reif, die Ausbildung und Zusatzausbildung für Musiklehrer in den Grund- und Mittelschulen, ganz besonders aber der musikalischen Frühförderung in vorschulischen Einrichtungen zu übernehmen.

Verstärkung der Ausbildung in Populärmusik

Innerschulisch muss die Ausbildung in Populärmusik verstärkt werden. Neue Wege der Kombination mit den Verbänden der Laienmusik sollten Irrwege vermeiden und den Dienst an den Chören und Musikensembles verstärken, mag der angestrebte Ausbildungsabschluss im ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Musikdienst liegen. Für das von der Bayerischen Staatsregierung neu angestrebte politische Ziel, die musikalische Bildung in Bayern zu stärken, bieten sie sich als vorrangige Partner an, um die musikalische Bildung insgesamt zu stärken - vom Kindergarten bis zu Seniorenprojekten. Ihre bewährte Initiativfunktion befähigt die Berufsfachschulen für Musik zu einer landesweiten einzigartigen Initiative. **□**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Gerhard Sendelbeck
91364 Unterleinleiter
am 2.9.

Bürgermeister Roland Fitzner
91735 Muhr am See
am 10.9.

Bürgermeister Rudolf Krapp
96187 Wattendorf
am 15.9.

Bürgermeister Fritz Gibis
94145 Haidmühle
am 21.8.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Rühl
94139 Breitenberg
am 1.9.

Bürgermeister
Franz Xaver Heinritz
83052 Brückmühl
am 2.9.

Bürgermeister Peter Janssen
83684 Tegernsee
am 6.9.

Bürgermeister Rudolf Borgo
85457 Wörth
am 12.8.

Bürgermeister Heinrich Faatz
96194 Walsdorf
am 12.8.

Bürgermeister Willy Sendelbeck
96184 Rentweinsdorf
am 16.9.

Bürgermeister Walter Brandlmaier
84186 Vilsheim
am 29.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Rinderle
87637 Seeg
am 7.9.

Bürgermeister Josef Höppler
94065 Waldkirchen
am 7.9.

Bürgermeister Hermann Brandl
93471 Arnbruck
am 8.9.

Bürgermeister Josef Janker
83646 Bad Tölz
am 10.8.

Bürgermeister Martin Geltinger
84163 Marklkofen
am 10.8.

Bürgermeister Martin Weiß
95365 Rugendorf
am 12.8.

Landrat Dr. Jakob Kreidl
83714 Miesbach
am 16.8.

Bürgermeister Josef Mayr
83379 Wonneberg
am 27.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bruno Thürauf
90616 Neuhoof a.d. Zenn
am 2.9.

Bürgermeister Anton Steinberger
85304 Ilmmünster
am 10.8.

Bürgermeister Oswald Czech
91626 Schopfloch
am 11.9.

Bürgermeister Albert Müller
85298 Scheuern
am 17.9.

Bürgermeister Gerhard Löckler
95519 Schlammersdorf
am 21.8.

Bürgermeister Werner Blüml
94255 Böbrach
am 2.8.

Bürgermeister Michael Holzinger
86657 Bissingen
am 23.8.

Bürgermeister Franz Birkel
92284 Poppenricht
am 25.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schmid
93474 Arrach-Haibühl
am 7.9.

Bürgermeister
Franz Schnitzenbaumer
83727 Schliersee
am 12.8.

Bürgermeister Volker Herzog
91247 Vorra
am 29.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Guntram Vogelsang
86978 Hohenfurch
am 8.9.

Bürgermeister Frank Dreyer
95163 Weißenstadt
am 10.9.

Bürgermeister Lothar Zachmann
97497 Dingolshausen
am 12.9.

Bürgermeister
Roland Kempfle
89349 Burtenbach
am 30.8.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Wörz
89362 Offingen
am 13.9.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Energiepolitisches Kolloquium der Hanns-Seidel-Stiftung:

Optionen für Kommunen und Landkreise

Ohne die Landkreise, Städte und Gemeinden wird die Energiewende nicht zu schaffen sein. Denn hier werden die alternativen Energien angesiedelt, hier müssen die Stromtrassen gebaut und die Infra- und Speicherstruktur geschaffen werden. Nur wenn die Kommunen und Landkreise beim Ausbau der Erneuerbaren Energien entschieden vorangehen und ihre Einwohner mitnehmen, wird die Umstellung des Energiesystems erfolgreich gelingen. Bei einer Energiekonferenz der Hanns-Seidel-Stiftung in München wurden die politischen Rahmenbedingungen für die Energiewende, aktuelle und kommende Technologien sowie Handlungsoptionen für Kommunen und Landkreise erörtert.

Nach den Worten von Erwin Huber, dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Landtags, „ist der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland irreversibel“. Alles andere sei Illusion. Nach einem Jahr würden immer mehr Probleme erkennbar, die man bei einem zeitlich überlegten Entscheidungsablauf hätte bedenken können, meinte Huber. Die Beispielwirkung auf die ganze Welt, wonach im Falle eines deutschen Ausstiegs weitere Länder folgen werden, sei bislang ausgeblieben.

Ein Baustein fehlt

Huber zufolge geht es darum, die Energiewende praktisch zu gestalten und auf einen realisierbaren Weg zu bringen. Man müsse dem Bürger klar sagen, welche Auswirkungen die Energiewende hat. In diesem Zusammenhang bezeichnete es der CSU-Politiker als erstaunlich, dass sich der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier skeptisch zeige, was deren Umsetzung angeht. Auch verwies Erwin Huber darauf, dass die Förderung der Wärmedämmung über steuerliche Maßnahmen im Vermittlungsausschuss liegt, „so dass zur effizienten Energiepolitik ein wichtiger gesetzlicher Baustein fehlt“.

Aus bayerischer Sicht ergibt sich Huber zufolge somit folgende Zwischenbilanz:

1. Die Stromautarkie Bayerns verschwindet mit der Kernkraft und ist im gleichen Umfang nicht wieder herstellbar. Investoren für Gaskraftwerke sind nicht in Sicht.

2. Der europäische Binnenmarkt ist der Hauptgrund dafür, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann. Es wird durch Versorgungsengpässe wie durch ein Überangebot regenerativen Stroms höhere Risiken geben als in der Vergangenheit. Die Volatilität regenerativen Stroms vermindert ebenso die Versorgungssicherheit.

3. Regenerative Stromquellen sind in der Regel umweltfreundlich. Bei Windanlagen und Wasserkraft ist das ambivalent. Die Energiewende in Deutschland hat eine höhere CO₂-Emission ausgelöst.

4. Der Strompreis steigt durch die notwendige Subventionierung der regenerativen Stromquellen und die Netzentgelte deutlich an. Ein Ende der Spirale ist nicht absehbar. Handwerk und Industrie beklagen steigende Kosten. Die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns ist zunehmend damit belastet und beeinträchtigt die Standortqualität.

5. Ein großer Teil des regenerativen Stroms führt zu Wertschöpfung im Inland und in den heimischen Gemeinden. Das ist eine Quelle von Einkommen und Arbeitsplätzen vor Ort. Auf der anderen Seite steigt der Strompreis mit den bekannten Risiken.

Fazit: „Die Hauptarbeit bei der Energiewende ist erst noch zu leisten. Es ist zu schaffen, wobei politische Weichenstellungen notwendig sind wie die Bereitschaft der Bürger, die Konsequenzen wirklich umzusetzen. Es besteht die Chance, den Energiemarkt nachhaltig und klimafreundlich umzustrukturieren. Die große Aufgabe

besteht darin, dies kostengünstig zu schaffen, um negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsplätze zu vermeiden.“

Dr. Markus Geier, Geschäftsführer K. Group, verwies zunächst darauf, dass die Energiewende als Teil des globalen Standortwettbewerbs laut Fraunhofer-Institut rund 233 Mrd. Euro an Investitionen erfordert. Zukünftige Energielösungen umfassten Gebäude, Mobilität, Umwelt (CO₂), Netze und Anlagen. Die Energiewende als umfassendes dezentrales Infrastrukturprogramm sei Voraussetzung für den Standortwettbewerb.

Dezentrale Versorgung

Die „neue“ Welt der dezentralen Energieversorgung beinhaltet das gleichzeitige Optimieren aller Wertschöpfungsstufen. Kommunen und kommunalen Versorgungsbetrieben falle in dieser Neugestaltung eine tragende Rolle zu. Gründe hierfür seien die Präsenz in der Fläche sowie zahlreiche Möglichkeiten zur unmittelbaren Einbeziehung der Bürger und ihrer Bedürfnisse, die Nähe zu lokalen Entscheidungssträgern und Investoren, die gestalterische Planungshoheit (Flächennutzungsplan, Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie, Konzessionen für Verteilnetze), die Energiebereitstellung als Teil kommunaler Daseinsvorsorge, attraktive Finanzierungsmöglichkeiten sowie gewachsene Endkundenbeziehungen.

Insgesamt bezeichnete Geier die „Energiewende“ als „gigantisches Infrastrukturprogramm“ und als Teil des globalen Standortwettbewerbs mit „Gewinner“- und „Verlierer“-Kommunen als Ergebnis. Er warb für einen ideologiefreien Moderationsprozess mit der Integration aller lokalen Akteure und der Nachbarkommunen.

Stoßrichtung und Ziele der bayerischen Energieagentur „Energie innovativ“ stellte deren Leiter Robert Götz vor. Auftrag der

Liebe Leserinnen und Leser,

nichts ist beständiger als der Wandel – dies trifft insbesondere auf die Kommunikationsbranche zu. Befand sich noch vor zehn Jahren das Internet in den Anfängen, ist seitdem seine Nutzung rasant angestiegen. Für fast 76 Prozent der Deutschen gehört das Internet bereits zum Alltag, zeigt der (N)Online Atlas 2012 des Forschungsinstituts TNS Infratest. Ein Großteil der Befragten gab an, sich seine Informationen aus dem Netz zu holen. Dieser rasanten Entwicklung schließt sich bereits der nächste Wandel an. Ging man bisher zu Hause über Computer oder Laptop online, übernehmen diese Dienste nun Handy bzw. Smartphone.



Kolumne Georg Huber

Neue Verbreitungswege über Social Media und Applikationen für mobile Geräte müssen in ein Kommunikationskonzept eingebunden werden.

Einen ersten Schritt in diese Richtung ist der Landkreis Mühldorf a. Inn zusammen mit dem Landkreis Altötting im Tourismusbereich mit der Smartphone App der Inn-Salzach-Region gegangen. Mit der kostenlosen Inn-Salzach-App der Landkreise Mühldorf und Altötting können Freizeittipps, Restaurants, Übernachtungsmöglichkeiten oder auch die Öffnungszeiten des nächsten Wertstoffhofes kostenlos und bequem auf das eigene Smartphone geladen werden.

Der nützliche Begleiter für die Hosentasche bietet nicht nur Urlaubern und Tagestouristen wertvolle Informationen, sondern ist auch für Ortsansässige sehr aufschlussreich. Denn die App ist keine reine Auflistung von Adressdaten. Im Bereich der Gastronomie haben die Gastwirte ihre Öffnungszeiten angegeben. Außerdem sind beispielsweise sämtliche Bankfilialen, Rathäuser oder Wertstoffhöfe aufgelistet und die jeweiligen Dienstleistungs- bzw. Öffnungszeiten enthalten.

Mit der einfachen Strukturierung in die Kapitel Willkommen, Freizeit & Erholung, Essen & Trinken, Unterkünfte und A-Z und den dazu passenden aussagekräftigen Symbolen findet sich jeder Benutzer in der App schnell zurecht.

Mit wenigen Fingerbewegungen eröffnet sich dem Nutzer die ganze Vielfalt der Freizeitlandschaft der Landkreise Mühldorf und Altötting: Von den Sehenswürdigkeiten wie der Landesausstellung in Burghausen über sportliche Aktivitäten wie Radwege bis hin zu Naturerlebnissen, beispielsweise die Tertiärwelt bei Aubenham sowie der Totteiskesselweg oder die Biotope im Haager Land. Gespickt sind diese Tipps mit ausführlichen Informationen und Bildern.

Mit über 1.000 qualitativ hochwertigen Datensätzen ist die Inn-Salzach-App somit ein handlicher und informativer Begleiter für alle Smartphone-Nutzer und ein weiterer Meilenstein auf unserem Weg zu einem modernen Dienstleister für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Ihr Georg Huber

Smartphone-Apps als Helfer vor Ort

Smartphones sind die „Allround-Geräte“ des 21. Jahrhunderts: Stadtplan, Reiseführer und Fotokamera in Einem.

Die Bedeutung dieser Kommunikationsform ergibt sich aus den Nutzerzahlen. In Deutschland besitzen inzwischen 29 Prozent der Bevölkerung ein Smartphone. Die Verbreitung ist binnen eines Jahres um 11 Prozent gestiegen. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass nach einer Studie von Google über 82 Prozent der Smartphone-Nutzer mit ihrem Gerät nach lokalen Informationen suchen.

In Deutschland wurden allein 2010 laut Branchenverband Bitkom rund 900 Millionen sogenannter Apps heruntergeladen. Applikationen für Smartphones und Tablets sind daher auch auf lokaler Ebene die Kommunikationsform der Zukunft. An dieses veränderte Nutzerverhalten der Bürgerinnen und Bürger müssen sich auch die öffentlichen Verwaltungen gewöhnen bzw. schnellstmöglich anpassen. Als Dienstleister ist es unsere Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern unseren Service auf verschiedenen zeitgemäßen Kommunikationskanälen anzubieten. Eine aktuelle Homepage allein reicht hier nicht mehr aus.

Agentur sei es, den Umbau der bayerischen Energieversorgung durch Information, Koordination und Netzwerkbildung zu begleiten und aktiv voranzutreiben. Sie stehe Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen, aber auch Privatpersonen zur Verfügung.

Für die Umsetzung des Arbeitsprogramms der Energieagentur sorgen Götz zufolge zunächst Arbeitsforen, die dem Beirat der Energieagentur regelmäßig über die Ergebnisse berichten. Zudem würden mit Hilfe eines kombinierten Simulations- und Optimierungsmodells eine wissenschaftlich fundierte Energiesy-

stemanalyse erstellt und Prognosen über den Aufbau des Energiesystems in den nächsten Jahren abgegeben. Hinzu kämen die zeitnahe Erfassung möglicher Risiken oder Fehleinschätzungen sowie die Untersuchung von vorgegebenen Szenarien im Rahmen des bayerischen Energiekonzepts. Wie Götz außerdem erläuterte, habe sich der „Energiecoach für Gemeinden“ zum Ziel gesetzt, eine „Initial-Beratung“ durchzuführen, Anreize vor allem für kleinere Gemeinden zu geben und strukturiert die Möglichkeiten des Energieumbaus aktiv anzugehen.

Neben der bereits vergriffenen Erstauflage der Broschüre „EnergieGewinner!“, in der Informationen über Chancen und Risiken einer Beteiligung gegeben und fünf Best-Practice-Beispiele aus ganz Bayern vorgestellt werden, nannte Götz auch die neue Kampagne „Stromsparen rockt!“ als wirkungsvolles Instrument, die Energiewende zu „pushen“. Bereits im Herbst vergangenen Jahres wurden die Regierungspräsidenten als Energiebeauftragte eingesetzt. Ziel ist dabei die Umsetzung des Bayerischen Energiekonzepts auf regionaler Ebene – „Energie innovativ – regional“. DK

„Kreativität ist Trumpf“

Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel verlieh Bayerischen Stadtmarketingpreis 2012

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel verlieh jüngst zum sechsten Mal den Bayerischen Stadtmarketingpreis. „Auch dieses Jahr haben die Unternehmerinnen und Unternehmer in Bayern gezeigt, wie unsere Städte mit viel Kreativität noch attraktiver werden. Gute Ideen und Web2.0 sind dabei oft wichtiger als hohe Budgets“, betonte Hessel. „Als Fräulein freut mich natürlich besonders, dass drei von fünf Siegern aus Franken kommen. Auszeichnungswürdig waren aber alle nominierten Projekte.“

Mit dem Bayerischen Stadtmarketingpreis werden vier bayerische Städte ausgezeichnet, die Mittelstand und Handel in den Innenstädten durch herausragendes Marketing gefördert haben. Preisträger sind in diesem Jahr Projekte aus Bamberg (Kategorie Städte über 70.000 Einwohner), Amberg (Städte zwischen 30.000 und 50.000 Einwohner), Lohr am Main (Städte zwischen 15.000 und 30.000 Einwohner) und Neunburg vorm Wald (Städte bis 15.000 Einwohner). Einen Sonderpreis erhält Herzogenaurach. Nominiert und mit einer Urkunde ausgezeichnet wurden die Städte Würzburg, Straubing, Neu-Ulm, Penzberg, Vohburg an der Donau, Rothenburg ob der Tauber und Altötting.

In der Kategorie der Städte und Gemeinden über 70.000 Einwohner siegte das Projekt „Stadtmarketing 2.0 - Die Kommunikationsrevolution“ aus Bamberg. Das Stadtmarketing Bamberg beweist, wie eine Stadt die modernen Kommunikationsmöglichkeiten umfassend, systematisch und kostengünstig nutzen kann.

„Das Bamberger Stadtmarketing setzt hier neue Maßstäbe und unterstreicht eindrucksvoll, dass die Kaiser- und Bischofsstadt nicht nur geographisch ganz oben in Bayern liegt“, lobte Hessel.

Regionale Spezialitäten

Nominiert und mit einer Urkunde ausgezeichnet wurde in dieser Kategorie auch Würzburg für das Projekt „Bewachter Fahrradparkplatz mit Gepäckaufbewahrung für Radtouristen“. Damit kann das touristische Potenzial des Radtourismus weiter ausgeschöpft werden. „Eine pfiffige Idee, die auf nachahmenswerte Weise dem Trend Radtourismus für die Innenstädte gerecht wird“, unterstrich die Staatssekretärin.

Die Kategorie der Städte zwischen 30.000 und 70.000 Einwohner gewann Amberg mit dem Projekt „Luftnacht im Luftkunstort Amberg“. „Das Stadtmarketing Amberg hat dabei ein Event um eine regionale Spezialität – das Luftmuseum Amberg – herum gestaltet und dem Image der Stadt ei-

ne neue Facette hinzu gefügt. Konsequenter durchdacht und perfekt umgesetzt“, kommentierte Hessel. Nominiert und mit einer Urkunde ausgezeichnet wurden in dieser Kategorie auch Straubing sowie Neu-Ulm.

In der Kategorie der Städte von 15.000 bis 30.000 Einwohner war Lohr am Main mit dem integrierten Marketing Konzept „Lohr macht Laune“ erfolgreich. „Geschlossenheit und Konsequenz der Umsetzung des Konzepts sind beeindruckend. Lohr macht auch der Jury Laune“, bekräftigte Hessel. Nominiert und mit einer Urkunde ausgezeichnet wurde in dieser Kategorie auch Penzberg.

In der Kategorie der Städte unter 15.000 Einwohner setzte sich erneut Neunburg vorm Wald durch, das bereits 2010 Preisträger war. Hessel: „Nicht nur das Image der Stadt gewinnt mit dem Projekt ‚Wanted: Ein Buchhändler‘. Der Ort konnte auch einen innerstädtischen Leerstand beheben und so eine Lücke zwischen den bestehenden Geschäften schließen.“ Nominiert und mit einer Urkunde ausgezeichnet wurden in dieser Kategorie Vohburg an der Donau, Rothenburg ob der Tauber und Altötting.

Nach Herzogenaurach ging ein Sonderpreis für die beste Weiterentwicklung eines Projektes.



Bei der Verleihung des 6. Stadtmarketing Preises Bayern im Bayerischen Wirtschaftsministerium erhielt die Stadt Neunburg vorm Wald den Preis für eine „konsequente Weiterentwicklung im Stadtmarketing“ in der Kategorie Stadtgröße bis 15.000 Einwohner. Laudatorin Andrea Bastian vom Sparkassenverband Bayern betonte: „Das Flächenmanagement kann sicher als die Königsdisziplin der Stadtentwicklung bezeichnet werden. Leerstände wieder in eine Nutzung zu bringen, haben viele Städte auf ihrer Agenda. Doch die Neunburger sind hier verblüffend effektiv. Dank des integrierten Stadtentwicklungskonzepts haben sie eine belastbare Entscheidungsgrundlage, dank des großen Engagements der Stadtspitze, unkonventioneller Ideen und dem Mut, diese umzusetzen, sind sie auf diesem Gebiet so beeindruckend erfolgreich.“ Unser Bild zeigt Laudatorin Andrea Bastian bei der Preisverleihung mit (v. l.) Martin Birner, Peter Hartung, Graf Lerchenfeld und Stefan Schmid. Bild: Heinz Hoffmann

Beihilfeverfahren zur BayernLB geht zu Ende

Sparkassen begrüßen den formellen Abschluss

Die bayerischen Sparkassen begrüßen die Entscheidung der EU-Kommission zur BayernLB. Mit vereinten Kräften aller Beteiligten sei es gelungen, für die BayernLB ein tragfähiges neues Geschäftsmodell zu finden, mit dem die Bank zukunfts-fähig aufgestellt ist.

Sparkassenpräsident Theo Zeller dazu wörtlich: „Mit dem Abschluss des Verfahrens wird auch die Leistungsfähigkeit der regionalen Sparkassen als Vertrauensgeber der Privatkunden und der Firmenkunden in den jeweiligen Geschäftsgebieten gestärkt. Die Sparkassen können sich nun wieder mit ganzer Kraft ihren Aufgaben widmen und insbesondere die Kreditversorgung der heimischen Wirtschaft und der Bevölkerung in den Regionen vor Ort sicherstellen.“

Mit dem Erwerb der LBS Bayerischen Landesbausparkasse und der zugesagten Kapitalerhöhung bei der BayernLB leisteten die bayerischen Sparkassen einen wichtigen finanziellen Beitrag von 1,65 Mrd. Euro. Die bayerischen Sparkassen freuten sich darauf, die LBS Bayerische Landesbausparkasse nicht nur als ihren Partner in Bausparfragen, sondern künftig auch als Tochter in der Sparkassenfamilie willkommen zu heißen. □

Ehrenamtliche...

(Fortsetzung von Seite 1) mit finanziellen Vergünstigungen für die Ehrenamtlichen verbunden ist.

Dieses Zeichen der Anerkennung unterstützt auch Prof. Dr. Doris Rosenkranz, die an der Fakultät Sozialwissenschaften der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg zu Fragen des bürgerschaftlichen Engagements und des Freiwilligenmanagements lehrt und forscht. Ihrer Meinung nach ist Ehrenamt „ein wichtiger Grundpfeiler unserer Demokratie und ermöglicht Angebote und Chancen, die nur im bürgerschaftlichen Engagement gelebt werden können“. Ohne hunderte-tausende Engagierte wären Sport und Kultur, Gemeindeleben und soziale Wohlfahrt sowie ein reiches Vereinsleben in Deutschland kaum denkbar.

Großer Kreis Engagierter

Dr. Thomas Beyer, Mitglied des Bayerischen Landtags und aktuell Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts-pflege in Bayern (LAGFW) vertritt etliche dieser Verbände und Vereine und ist überzeugt: „Ohne Ehrenamt würde die Wohlfahrts-pflege ihre Seele verlieren. Die Verbände sollten selbstbewusst erkennen, dass sie mit ihrer Erfahrung und dem riesigen Kreis Engagierter wie kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich in der Lage sind, dem Freiwilligen-Engagement Raum zu geben.“

Tatsächlich leisten bayernweit aktuell weit über 100.000 Menschen ehrenamtliche Arbeit in den eigentlichen Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrts-pflege. Nimmt man das Umfeld der sozialen Einrichtungen, Projekte und Dienste in den Pfarr- und Kirchengemeinden, aber auch in den Bereitschaften des Bayerischen Roten Kreuzes hinzu, zählt man mehr als 415.000 engagierte Bürger. „Das entspricht deutlich mehr als zehn Prozent der ehrenamtlich Tätigen in Bayern“, betonte Beyer.

Damit das so bleibt, sei neben aller Modernisierung der Engagementsstrukturen vor allem eines wichtig: „Die Wohlfahrtsverbände müssen sich auf ihre ureigene sozialstaatliche Aufgabe zurückbesinnen. Mit ihrer Glaubwürdigkeit als sozialpolitischer Akteur, als Anwalt der Klienten und wichtiger Gemeinwohlerinteressen geben sie auch in Zukunft denen wieder eine Heimat, die ihr ehrenamtliches Engagement in besonderer Weise an gesellschafts-politischen Werten ausrichten wollen. Die Zukunft des Ehrenamtes in der Freien Wohlfahrts-pflege liegt in der Rückkehr zu seinen eigentlichen Wurzeln.“

Einen eigenen Verein, in dem sich Ehrenamtliche engagieren, hat im Jahr 2008 Schauspielerin Uschi Glas zusammen mit ihrem Mann Dieter Herrmann und

Freunden gegründet. Der Verein „broZeit e.V.“ kümmert sich um bedürftige Schulkinder.

Die Schauspielerin berichtete, dass sie durch eine Rundfunk-sendung auf die Not von Kindern auch in München aufmerksam wurde. 3.000 Kinder an Grundschulen würden dort unter Hunger leiden bzw. ohne Frühstück in die Schule geschickt werden. Das wollte sie zunächst nicht glauben und recherchierte daher auf eigene Faust. Was sie erfuhr, schockierte sie: „Es war noch schlimmer, als in dem Beitrag dargestellt.“

broZeit e.V. unterstützt Kinder und Jugendliche aus einem schwierigen sozialen Umfeld. Dabei setzt der Verein auf die Kompetenz aktiver Senioren. „Brot und Zeit geben“ sind die zentralen Anliegen in den Förderprogrammen von broZeit e.V. – sie bilden nicht umsonst den Vereinsnamen. Das gemeinsame Frühstück beispielsweise ist inzwischen eine wichtige Kommunikationseinrichtung vor Schulbeginn geworden. Kinder unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft kommunizieren miteinander und gehen nach dem Frühstück motivierter in den Unterricht.

Viele Kinder saßen sogar zum ersten Mal an einem Frühstückstisch, berichtete Uschi Glas. Bei einem Migrationsanteil von 70 bis 90 Prozent an den von broZeit geförderten Schulen stelle das Frühstück eine einzigartige Plattform für eine Unterhaltung in deutscher Sprache dar und sei praktizierte Integration.

Rückgrat des Konzepts sind die aktiven Senioren. Viele leistungsfähige Menschen erreichen Glas zufolge das Rentenalter und fühlen sich mit der Beendigung des Arbeitslebens sozial ausgegrenzt. broZeit e.V. holt diese Potenziale zurück. Der Verein setzt, in Zusammenarbeit mit den Schulen, geeignete Senioren ein – das kommt den Schülern und den Helfern zugute.

Mittlerweile werden in München und Berlin jeweils 21 Grundschulen täglich mit einem ausge-wogenen Frühstück versorgt. Dabei kümmern sich Senioren um die Betreuung der Schüler und geben zusätzlich über das Projekt „Zeit geben“ Förderunterricht, lesen vor, lehren Schach oder helfen bei den Hausaufgaben.

Derzeit werden die Förderregionen Heilbronn/Neckarsulm, Leipzig und Hamburg aufgebaut. Auch hier sollen künftig jeweils ca. 20 Schulen unterstützt werden. Sobald die Finanzierung sicher gestellt ist, sind Förderregionen in Frankfurt a. Main und weiteren Städten geplant. Zum Ziel hat sich der Verein gesetzt, eines Tages 120 Schulen zu betreiben. Stolz ist Uschi Glas auch darauf, dass ihr vorbildliches Tun wissenschaftlich begleitet und evaluiert wird. □

Wiedereinführung alter Kfz-Kennzeichen

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags unterstützt die Initiative zur Wiedereinführung früherer Kfz-Kennzeichen. Er hält die Initiative zwar nicht für ein vorrangiges Anliegen, akzeptiert sie jedoch, weil Kfz-Kennzeichen Identifikationsfaktoren mit der Region sein können.

Das Bundesverkehrsministerium wird voraussichtlich zum November den Ländern ermöglichen, die bis zu den jeweiligen Gemeindegebietsreformen geltenden alten Kennzeichen wieder einzuführen. Dann soll jedes Land selbst entscheiden, ob und wie dies umgesetzt wird. Bislang haben rund 60 bayerische Städte, zum Teil auch mit Gremienbeschlüssen, den Wunsch zur Wiedereinführung bekundet.

Das Präsidium des Bayerischen Landkreistags lehnt die Wiedereinführung der Altkennzeichen ab, weil dies ein „Zurück in die Vergangenheit“ bedeuten würde. Verkehrsminister Martin Zeil hat diese Entscheidung des Landkreistags bedauert, weil sich der Verband damit gegen den Willen von Bürgern ausspreche. □

Kostenanstieg...

(Fortsetzung von Seite 1)

Eine Erhöhung der Regelsätze sei zwar sozialpolitisch verständlich, werde aber erhebliche Mehrkosten verursachen. Im Falle einer Angleichung der Regelsätze an die Leistungen für SGB II/XII-Empfänger müsse mit jährlichen Mehrkosten in Höhe von 250 Mio. Euro gerechnet werden.

Laut stellvertretendem DStGB-Hauptgeschäftsführer Uwe Zimmermann „müssen die Länder den Kommunen die durch das Urteil entstehenden Mehrkosten vollständig erstatten“. Die Asylbewerberleistungen seien nur ein Teil der Sozialausgaben. Die Kommunen müssten mittlerweile mehr als 43 Mrd. Euro im Jahr für Sozialleistungen ausgeben. „Solange der Bund und die Länder die Kommunalhaushalte hier nicht nachhaltig entlasten, werden diese nicht aus der Finanzmiserere heraus kommen“, prognostizierte Zimmermann.

Er verwies darauf, dass das Bundesverfassungsgerichtsurteil in vielen Bundesländern die Debatte über eine vollständige Erstattung dieser Kosten an die vorfinanzierenden Kommunen neu entfachen werde. „Es muss nun in ganz Deutschland flächen-

deckend zu einer vollständigen und zügigen Entlastung der Kommunen von diesen Ausgaben insgesamt kommen“, forderte Zimmermann.

Weitere Beschleunigung

„Die Landkreise werden das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Leistungen für Asylbewerber selbstverständlich umsetzen. Die Mehrkosten belaufen sich auf bis zu 130 Mio. Euro jährlich. Schon bislang tragen die Landkreise und Städte 60 Prozent der Kosten allein, da die Kosten-erstattung durch die Länder nicht ausreichend ist. Dies darf sich nicht weiter verschärfen, die Länder stehen hier im Obligo für ihre Kommunen“, bilanzierte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré. Zugleich müssten die Asylverfahren weiter beschleunigt werden, damit die betroffenen Menschen zügig Klarheit über ihre Zukunft erhalten.

Zum Jahresende 2010 erhielten 130.300 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das sind 7,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Insgesamt werden rund 815 Mio. Euro

für diese Sozialleistung aufgewendet, wobei die Landkreise und kreisfreien Städte knapp eine halbe Milliarde tragen, nämlich 489 Mio. Euro. Die von den Ländern in der Regel ausgereichten Kostenerstattungspauschalen decken bundesdurchschnittlich lediglich 40 Prozent der Kosten.

„Seit 2008 beobachten wir wieder einen Anstieg bei den Empfängerzahlen und daher auch bei den Kosten“, erläuterte Duppré. „Wenn nun nach dem Karlsruher Urteil - jenseits der vorrangigen Versorgung mit Sachleistungen - die monatliche Geldleistung für einen alleinstehenden Asylbewerber von derzeit 225 Euro auf 336 Euro erhöht werden muss, ist die Steigerung beträchtlich. Die finanziellen Folgen belaufen sich je nach Altersstufe auf 100 bis 130 Mio. Euro jährlich. Allerdings erhalten Asylbewerber und geduldete Ausländer nach vier Jahren heute schon den Hartz IV-Satz (insgesamt 33.200 Personen). Nun stehen die Länder in der Pflicht, diese Kostensteigerung den Landkreisen und kreisfreien Städten zu erstatten“, forderte Duppré. Zugleich müsse für alle Beteiligten, insbesondere die betroffenen Asylsuchenden, möglichst schnell Klarheit über den Aufenthaltsstatus geschaffen werden. □

Bürgerbeteiligung zwischen...

(Fortsetzung von Seite 1)

als Zaubermittel für eine stärkere Bürgerbeteiligung zu idealisieren: „Ignorieren kann man Web 2.0 nicht. Es öffnet neue Wege der Beteiligung, damit erweicht sich der Instrumentenkasten für Bürgerbeteiligung. Aber neue technische Möglichkeiten können die direkten Kontakte auf dem Markt nicht ersetzen.“ Ebenso wie ein Markt sei Web 2.0 keineswegs repräsentativ und nicht immer empirisch relevant. Denn nicht jeder sei im digitalen Netz präsent.

Digitale Spaltung

Die digitale Spaltung dürfe nicht dazu führen, dass ein Facebook-loser Bürger zum Demokratie-Looser wird, der sich vom demokratischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen sieht. Egal, ob virtueller oder realer Markt: „Es darf nicht der im Vorteil sein, der sich am besten mit Social Media auskennt, der sich am lautesten zu Wort meldet oder Stimmungen am Geschicktesten beeinflusst“, meinte Maly. Kritisch bewertete er in diesem Zusammenhang, „dass gewisse Schwellen in der Kommunikation im Web 2.0 abgesenkt sind“. Im Schutz der Anonymität des Netzes herrsche bisweilen ein rüder Umgangston.

„Für eine Bürgerbeteiligung braucht man eindeutige Regeln. Bürgerbeteiligung darf nicht zum Sandkastenspiel geraten. Die Bürger müssen wissen, woran sie sind; die Verwaltung braucht Klarheit für den Ablauf, Ratsmitglieder und Bürgermeister dürfen sich nicht vor ihrem Gestaltungsauftrag drücken“, hob der erste stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, hervor. „Eine erfolgreiche Beteiligung kann nur funktionieren, wenn allen bewusst ist, warum, wofür, wann, womit, wie lange und mit wem ein Beteiligungsprozess stattfindet. Allen Entscheidungsträgern muss klar sein, in welcher Weise die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung eingebracht werden und wie sie tatsächlich umgesetzt werden können.“

Beteiligungsverfahren sollten möglichst frühzeitig einsetzen. Bürger dürften sich nicht überannt fühlen. Die Beteiligung sollte schon vor den formellen Planungsverfahren einsetzen,

bevor Vorhaben soweit gediehen sind, dass Alternativen von vornherein ausscheiden. Schaidinger: „Kommunale Mandatsträger dürfen sich die Entscheidung nicht aus der Hand nehmen lassen. Sie stellen sich offensiv ihrem Gestaltungsauftrag und beziehen die Vorstellungen der Bürger ernsthaft ein.“

Das Planungs- und Baureferat der Stadt Regensburg hat Schaidinger zufolge einen Leitfaden erstellt, um Informationsveranstaltungen und Beteiligungsverfahren für Bürger festzulegen. Bürgerbeteiligung erfordere eine genaue Planung im Vorfeld; dabei müsse geprüft werden, ob ein Projekt sich zur Bürgerbeteiligung eignet, welche Ziele es gibt, welche Verfahren sinnvoll sind. Wichtig sei die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit. Über Information komme es zur Kommunikation und erst dann sei die Beteiligung der Bürger möglich. Die Spielregeln müssten allen Beteiligten klar sein. Der Ablauf des Verfahrens sei kontinuierlich zu dokumentieren. Am Schluss stehe die Entscheidung des Stadtrats.

„Wir sollten nicht verschweigen, dass manch selbstbewusster Bürgermeister oder Stadtrat die Bürgerbeteiligung kritisch sieht, oder vielleicht sogar als Einmischung versteht“, stellte der zweite stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Erster Bürgermeister Michael Sedlmair (Ismaning), fest. „Der Experten-code verhindert oft, dass normale Menschen den Sachverhalt nachvollziehen können, und Inhalte verständlich kommuniziert werden können. Dies erzeugt Misstrauen statt Vertrauen. Dies grenzt interessierte Bürger aus, anstatt sie zu beteiligen.“

Hier wirkten Kommunalpolitiker wie Dolmetscher und Vermittler: „Sie übersetzen das Fachchinesisch, sie lösen Fachbegriffe von Planern auf, erläutern Rechtsvorschriften von Juristen.“ Das Erklären und verständliche Aufbereiten komplizierter Sachverhalte, die Visualisierung von Bauplänen, könnten komplexe Verfahren und Projekte nachvollziehbar machen. Und der frühzeitige, offene Umgang mit Fragen und Einwendungen, das ernsthafte Einbinden der Bürger, erwirke einen guten, belastbaren Verfahrensabschluss. Sedlmairs Forderung: „Bund und Länder müssen die Planungsverfahren bürgerfreundlicher gestalten und für die Beteiligungsprozesse mehr Res-

ourcen zur Verfügung stellen.“

Prof. Elke Pahl-Weber vom Institut für Stadt- und Regionalplanung (TU Berlin), unterstrich, dass es das Wichtigste ist, als tragfähige Basis für Beteiligungsprozesse Vertrauen zu schaffen. Auf die Größe einer Kommune komme es nicht an, sondern wie man an Beteiligung herangehe. Der Fokus müsse darauf gerichtet sein, den Beteiligungswillen der Bürger richtig zu nutzen. Dazu zählten die frühzeitige Information und Beteiligung zu einem Zeitpunkt, wo die groben Züge noch nicht unverrückbar festgelegt sind und die Fortführung der Kommunikation über einzelne Beteiligungsverfahren hinaus. Zudem dürften keine falschen Erwartungen geweckt werden. Es gelte, Spielregeln festzulegen sowie Grenzen, Möglichkeiten und Ziele klar zu benennen.

Auch sollten möglichst alle Bürger mit eingebunden werden, fuhr Pahl-Weber fort. Die Devise laute: „Weg von einer ausschließlichen Beteiligung der ‚Betroffenen‘ hin zu einer Beteiligung aller Bürger für mehr Repräsentativität und Gemeinwohlorientierung.“

Proaktive Einbindung

Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli von der Universität Koblenz-Landau ergänzte, dass die Bürger viel zu wenig über Beteiligungsinstrumente und Verfahren wissen. Als „Wege aus der Krise“ formuliere er die Weiterentwicklung der kommunalen (Parteien-)Demokratie zur Bürgerdemokratie, die proaktive Einbindung von „Wutbürger“ und „Mutbürger“, die Stärkung plebiszitärer und insbesondere konsultativer Formen und die Beachtung von Repräsentations- bzw. Partizipationslücken.

Darüber hinaus müssten der Gemeinwohl- und Interessenausgleich sichergestellt werden, so Sarcinelli. Das Augenmerk sei auf das Neuanagement von „Politiker-Politik“ und „Bürger-Politik“ zu legen. Zudem müssten Bürger und Politik, Gesellschaft und Demokratie als lernfähige Systeme begriffen werden.

Wie gehen Städte und Gemeinden mit Bürgerbeteiligung um? Diese Frage stand im Zentrum einer abschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Kerstin Dornbach vom Bayerischen Rundfunk, Studio Franken. Bayerns Innenminister Joachim

Herrmann zeigte sich dabei überzeugt, dass sich Bürgerbeteiligung in jedem Fall lohnt. Er empfahl eine frühzeitige Einbindung. Sie schaffe nicht nur Akzeptanz für politische Entscheidungen, sondern erleichtere es vielfach auch, Anregungen und Wünsche zu berücksichtigen. Zugleich mahnte Herrmann die Kommunen zur Vorsicht bei der Nutzung kommerzieller Internetplattformen wie Facebook für die Bürgerbeteiligung. Einen faktischen Zwang zu deren Nutzung dürfe es nicht geben, etwa indem nur dort exklusive Informationen über öffentliche kommunale Belange angeboten werden.

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetags, machte deutlich, dass die Bürgermeister als direkt gewählte Vertreter für alle Menschen da sind. Sie müssten deshalb darauf achten, dass es bei neuen digitalen Beteiligungsformen des Web 2.0 nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft kommt. Einig mit Innenminister Herrmann war Ude sich darin, dass Kommunen und deren Beteiligungsverfahren kein Spielball kommerzieller Internetunternehmen werden dürfen.

Ingolstads Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann zeigte auf, wie Bürgerbeteiligung in den Kommunen schon heute mit einer Vielzahl von Beteiligungsformen und Beteiligungsinstrumenten gelebt Praxis ist. Am Beispiel der (freiwilligen) Bezirksausschüsse in Ingolstadt verdeutlichte er, dass seit 2008 3.600 Anträge und Themen in über 300 Sitzungen mit intensiver und qualifizierter Beteiligung zur Zufriedenheit der Bürger behandelt wurden. Wichtig für eine gute Beteiligung sei vor allem die rechtzeitige und vollständige Information, bemerkte Lehmann. Sorge bereite in Internetforen bisweilen ein rüder Umgangston unter dem Deckmantel der Anonymität.

Carda Seidel, Oberbürgermeisterin der Stadt Ansbach, bestätigte die Bedeutung einer guten Kommunikation. Diese könne Konflikte bereits von Anfang an verhindern oder zumindest entschärfen. Als Beispiel nannte sie umfassende Baustelleninformationen. Das Internet sei ein wichtiger Baustein, könne aber den direkten Kontakt mit den Menschen nicht ersetzen, wie er in Bürgerversammlungen, Sprechstunden oder im täglichen Gespräch stattfindet. □

Unternehmensfahnen im Zukunftswind

bema GmbH Maschinenfabrik stellt neues Produkt vor

Volltage-Weese. Noch ist der Winter mit seinen kalten Temperaturen und viel Schnee weit entfernt. Doch das Unternehmen bema GmbH Maschinenfabrik ist bereits mit dem neuen Schneeschild V800 auf die kalte Jahreszeit vorbereitet.

Überhaupt hat das Familienunternehmen die Zukunft immer im Blick: Anfang kommenden Jahres soll die neue Konstruktions- und Lagerhalle eingeweiht werden. Gleichzeitig übernimmt Sonja Koopmann das Firmenruder und lenkt die bema GmbH Maschinenfabrik ins Fahrwasser der Zukunft.

Damit geht die bema GmbH Maschinenfabrik bereits in die dritte Generation. Schon seit 1999 ist Sonja Koopmann Teil des Unternehmens, hat sich als Industriemechanikerin und spätere Wirtschaftsingenieurin auf die Unternehmensführung vorbereitet. „Die vierte Generation in Form meiner

bieten wird. „Mit dem Neubau können wir die innerbetrieblichen Abläufe für unsere Kunden optimieren und Lieferzeiten verkürzen – unseren Service einfach noch besser machen“, erklärt die Geschäftsführerin.

Der Winter kann kommen

In der neuen Halle wird dann auch das neue Produkt der bema-Palette gefertigt werden. Mit dem neuen V-Schneeschild hat das Unternehmen nun ein drittes Produkt für die Schneeräumung in das Portfolio aufgenommen. Entwickelt und gefertigt wurde das



Mit dem Schneeschild V800 erweitert die bema GmbH Maschinenfabrik ihre Produktpalette. Konstruiert, entwickelt und gebaut wurde das dritte Produkt der Schneeschilde-Reihe von den bema-Mitarbeitern.

Bild: bema GmbH Maschinenfabrik

Söhne zeigt jetzt schon Interesse an technischen Themen“, erklärt Sonja Koopmann, geb. Berens, und ergänzt schmunzelnd: „Aber die Beiden haben aufgrund ihres Alters noch ein wenig Zeit.“ Mit der Entscheidung, die Firmenführung zu übernehmen, hat sich die 39-Jährige lange befasst. Denn schon seit zehn Jahren ist sie Teil der Geschäftsführung. „Mit dieser kontinuierlichen Familienführung wollen wir unseren Kunden Sicherheit geben. Die bema GmbH wird auch in Zukunft in Familienhand bleiben“, versichert Sonja Koopmann.

Hallenneubau

Dass hier die Weichen in Richtung Zukunft gestellt sind, beweist auch der Neubau der rund 7.800 Quadratmeter großen Halle. Die Jahre stetigen Wachstums und steigender Nachfrage aus dem Kundenkreis der Bereiche Landwirtschaft, Bauwesen, Kommunen, Industrie und Garten- und Landschaftsbau waren für die Erweiterung ausschlaggebend. Auf dem rund sechs Hektar großen Firmengelände bekommt nun ein Neubau Platz, der Raum für mehr Lagerfläche, eine größere Warenanlieferung und eine neue Lackieranlage

V800 im Unternehmen. „Bei uns kann der Kunde sicher sein, dass das bema-Produkt aus einer Unternehmenshand stammt“, erklärt Sonja Koopmann. Das Schild in V-Form ermöglicht nun, dass geräumte Schneemassen auf beiden Seiten gleichmäßig verteilt werden. Gleichzeitig kann das Schild gerade gestellt werden und somit die Schneeverteilung nach rechts oder nach links erfolgen – ähnlich den Schildern der Baureihe 700 und 1100.

Wird das flexible Schild nach vorne geöffnet, können große Schneemassen zum Beispiel auf einen Haufen geschoben werden. Der stabile Drehpunkt in der Mitte des Schildes ist in DU-Buchsen gelagert, abschmierbar über Schmierlippen und mit einem deutlich größeren Durchmesser gegenüber anderen Produkten in diesem Segment ausgestattet. Die Laufräder sorgen für eine stabile Führung des Schneeschildes. Für eine bessere und hindernisfreie Schneeführung sorgen die Wölbung des Schneeschildes, die beim V800 bereits im unteren Drittel beginnt, und die Federklappensegmente, die mit verschleißbarem Vulkanbesatz ausgestattet wurden. Eingesetzt werden kann das V-Schild an allen bekannten Trägerfahrzeugen. □



Stärkstes Modell der Serie 4 ist der Geotrac 124. Der 126-PS-starke Traktor ist das optimale Fahrzeug für anspruchsvolle Schneeräum-Einsätze. Außerdem punktet der 124er mit beheizbarer Frontscheibe sowie Frontlader-Freisicht-Fenster. □

Für Kommunalprofis:

Österreichische Transporter-Technologie

Mit der Unitrac-Serie bietet Innovationsführer Lindner den Gemeinden vielseitig einsetzbare Ganzjahres-Transporter. Die Arbeitsgebiete des Unitrac reichen vom Winterdienst über Kehrarbeiten bis zum Transport. In den Fuhrparks von Gemeinden, Profi-Landwirten sowie Liftgesellschaften und Transportunternehmen stehen derzeit mehr als 2.500 Unitrac-Transporter im Dienst, davon 900 Modelle der Serie 2. Der Unitrac spielt seine Stärken aktuell zum Beispiel in Wien, Brüssel, Graz oder Innsbruck aus.

Die Unitrac-Reihe besteht aus fünf Modellen, die in vier Motorisierungsvarianten zwischen 87 und 102 PS leisten. Der 3-Liter-Turbodieselmotor im Unitrac 82S und im 102S erfüllt die Abgaskriterien EURO5 und ist besonders für den innerstädtischen Verkehr geeignet.

Ein technisches Highlight ist die Fahrerkabine, die ohne Geräteeinsatz und mit Hilfe eines hydraulischen Mechanismus seitlich um 50 Grad kippbar ist. Die Vierradlenkung ermöglicht einen Wendekreisradius von 3,5 Meter und kann in jeder Radposition ausgeschaltet werden. Befinden sich die Räder wieder im Nullpunkt, wird die hintere Achslenkung automatisch gesperrt. Darüber hinaus verfügt der Unitrac über eine leistungsstarke 2-Kreis-Hydraulik.

Für Kommunalprofis hat Lindner bis 30. November 2012 attraktive Angebote im Rahmen der diesjährigen Herbstaktion parat: Lindner bietet 2.000 Euro-Eintauschhilfe für alle Geotrac- und Unitrac-Neufahrzeuge. Für den neuen Geotrac 84ep gibt es außerdem 1.500 Euro ep-Umweltbonus.

Verver Export auf der GalaBau 2012

Vom 12. bis 15. September kann sich der Besucher im Rahmen der GalaBau im Messezentrum Nürnberg von der breiten Anwendungsskala für Blumenzwiebeln in öffentlichen Grünflächen inspirieren lassen. Verver Export informiert in Halle 3 (Nummer 3-642) über die natürliche und effiziente Anpflanzung seiner Blumenzwiebeln.

Zum Stand wird auch eine Pflanzmaschine gehören. Ob für eine Straßenböschung oder einen Stadtpark, es gibt für jeden Standort geeignete Blumenzwiebeln, die in Rasenflächen gepflanzt werden können. In Kombination mit dem Einsatz der Pflanzmaschine bieten diese Blumenzwiebeln ein optimales wirtschaftliches Ergebnis. Eine einmalige Pflanzung garantiert Blütenpracht für mehrere Jahre.

Für den neuen Katalog 'The Naturals' hat sich Verver Export ausschließlich von der Natur inspirieren lassen. The Naturals ist ein Sortiment an Blumenzwiebeln, die verwildern und sich wunderbar in die Landschaft einfügen, wenn sie an den richtigen Standort gepflanzt werden. Dies ist zum Beispiel auf Friedhöfen, auf Golfplätzen oder in historischen Parkanlagen wünschenswert. □

Borsten-Fischpass an der Staustufe Regensburg

In zwölf Tagen 2.161 Fische gezählt

Regensburg. (osr) Für Fische, Wirbellose und Amphibien ist die Staustufe des Kraftwerks Pfaffenstein sei Jahresbeginn kein unüberwindliches Hindernis mehr. Die Rhein-Main-Donau AG (RMD) als Kraftwerkseigner und E.ON als Betreiber haben im vergangenen Jahr die Bootsgasse zu einem Borsten-Fischpass umgerüstet. Und es hat sich gelohnt: Im Mai haben an zwölf Tagen 2.161 Fische die Fallhöhe von gut fünf Metern überwunden.

Einer EU-Richtlinie zufolge müssen alle Flüsse bis zum Jahr 2020 Fisch-durchlässig sein. Das Pilotprojekt war ein entsprechender Umbau der Staustufe Straubing, jetzt entspricht auch die Stufe Regensburg den Vorschriften. Dazu wurde in der vorhandenen Bootsruhr Sohlsubstrat als Grobschotter eingebracht und darauf die Borstenpakete befestigt. Eine kontinuierliche Wassermenge von 300 Litern pro Sekunde ermöglicht sowohl den Fischen die Passage als auch den Boot-, Kanu- oder Kajakfahrern eine Durchfahrt

über die weichen und flexiblen Kunststoffborsten.

Neben dieser Neuerung stellten E.ON-Betriebsleiter Roman Töppler und Kraftwerksleiter Osmund Reisinger bei einem Pressegespräch heraus, dass das Regensburger Kraftwerk 1977 in Betrieb genommen wurde und somit seit 35 Jahren Strom liefert - insgesamt 1,7 Milliarden Kilowattstunden in diesen Jahren. Rein rechnerisch könnten mit dieser Menge 500.000 Privathaushalte ein Jahr lang mit umweltfreundlichem Strom aus Wasserkraft versorgt werden. □



Roman Töppler (l.) und Osmund Reisinger am neuen Borsten-Fischpass an der Staustufe Pfaffenstein. Foto: osr

GALABAU NÜRNBERG: 12. – 15. September 2012



**HALLE 7
STAND 204**

Lindner

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH

Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4, 6250 Kundl/Tirol

Tel. +43 5338 74 20-0, Fax-DW 333, www.lindner-traktoren.at



Sauber auf der ganzen Linie.

JETZT NEU!

Schneeschild
bema V800

- variabel in Anwendung und Anbau
- stabiler Drehpunkt
- Federklappen mit verschleißfestem Vulkan
- großer Schwenkbereich um +/- 30°

Erfahren Sie mehr:
GaLaBau Nürnberg
Stand 9-330

bema GmbH Maschinenfabrik • www.kehrmaschine.de • Tel. 05467.920-90

LBS Bayern hält hohes Absatzniveau

Guter Start für neue Produktfamilie / Starke Zuwächse im Jugendmarkt

Ein Plus von fast 50 Prozent bei den LBS-Bausparverträgen, die an unter 16-Jährige vermittelt wurden, haben der LBS Bayern im ersten Halbjahr 2012 eine kräftige Steigerung des Stückzahl-Neugeschäfts beschert. Es verbesserte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 22,3 Prozent auf 164.980 Abschlüsse. Die Bausparsumme erhöhte sich um 3,6 Prozent auf 4,7 Milliarden Euro. „Wir steuern wieder auf einen erfreulichen Bausparjahrgang zu“, stellte Dr. Franz Wirmhier, Sprecher der LBS-Geschäftsleitung, während der Bilanz-Presskonferenz der Landesbausparkasse fest. 2011 hatte die LBS Bayern mit 249.216 Bausparverträgen (+ 9,1 %) über 8,3 Milliarden Euro (+ 4,3 %) das höchste Absatzvolumen in ihrer Geschichte erreicht.

Den Wachstumsschub im Jugendmarkt verdankt die LBS dem Junior-Bonus von bis zu 300 Euro, den sie im November 2010 für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren einführt. Laut LBS-Chef Wirmhier, „ein innovativer Volltreffer“.

2011 wurden in der Zielgruppe rund 43.000 Bausparverträge abgeschlossen, 2012 sind es nach sechs Monaten bereits 35.562.

Neben der starken vertrieblischen Präsenz durch die bayerischen Sparkassen und den LBS-

Außendienst und vielfältigen Aktionen im Markt nannte Wirmhier das anhaltend positive Image des Bausparens als wesentliche Gründe für die guten Absatzzahlen. Zufrieden zeigte sich Wirmhier auch mit dem Finanzierungsgeschäft der LBS. Das kollektive wie das außerkollektive Kreditgeschäft profitierten 2011 gleichermaßen von der kräftigen Nachfrage der Erwerber und Modernisierer von Wohnimmobilien. Der Kreditbestand erhöhte sich insgesamt um 4,6 Prozent auf knapp 5 Milliarden Euro. Besonders dynamisch war die Entwicklung bei den Auszahlungen von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten mit einem Plus von knapp 32 Prozent auf 654,4 Millionen Euro. Im ersten Halbjahr 2012 schwächte sich die Nachfrage ab. Wirmhier machte dafür „den extremen Absturz der Kapitalmarktzinsen auf historische Tiefststände“ verantwortlich. Dadurch stünden die zuteilungsfähigen Bauspardarlehen, deren Auszahlungen zwischen Januar und Juni um 15,3 Prozent auf 302,1 Millionen Euro zurückgingen, im harten Wettbewerb zu Kapitalmarktdarlehen, deren Konditionen schneller nach unten gingen als die laufenden Tarifanpassungen der LBS wirken könnten. Das Minus von 7,3 Prozent auf 284 Millionen Euro bei den Auszahlungen von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten erklärte

Wirmhier mit einem Basiseffekt: „Das außerordentlich gute Geschäft des vergangenen Jahres spielte sich vor allem in den ersten Monaten ab. Da lagen die Zinsen im Aufwärtstrend, was erfahrungsgemäß die Kreditnachfrage beschleunigt. Dämpfeln die Zinsen dagegen monatlang im Keller, so wie in den zurückliegenden Monaten, dann nehmen sich Bauherren, Immobilienkäufer und Hausbesitzer mehr Zeit für ihre Investitionsentscheidung.“ In jüngster Zeit ziehe die Nachfrage wieder an, bei den Sofortfinanzierungen kündige sich ebenfalls ein guter Jahrgang an.

Betriebsergebnis erhöht sich um 13 Millionen Euro

Der kurzfristige Zinsanstieg in den ersten Monaten des vergangenen Jahres wirkte sich positiv auf den Zinsüberschuss aus, der um 19,1 Millionen Euro auf 208,9 Millionen Euro gesteigert worden war. Positiv bemerkbar machten sich die gewachsenen Bestände an Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten sowie die im Zuge mehrfacher Tarifanpassungen gesunkene Durchschnittsverzinsung der Bauspareinlagen. Das Provisionsergebnis verminderte sich um 1,4 Millionen Euro auf -32,7 Millionen Euro, weil das sehr gute Neugeschäft hohe Provisionsaufwendungen zur Folge hat. Verstärkt wird dieser Effekt durch die Vermittlung der Riester-Bausparverträge, bei denen die Abschlussgebühreneinträge auf fünf Jahre verteilt werden, während die Provisionszahlungen sofort in voller Höhe aufwandswirksam sind. Durch den kräftig erhöhten Zinsüberschuss kommt für 2011 unterm Strich ein Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 70 Millionen Euro heraus, das 13,1 Millionen Euro über dem Vorjahr liegt.

Gute Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft

Die LBS unternehme große Anstrengungen, um das Kreditgeschäft anzukurbeln, erklärte Wirm-

hier. In 2012 rund 210 Veranstaltungen. Darunter sind über 60 Messen und Fachausstellungen und mehr als 120 Kongresse, Publikumsveranstaltungen oder Firmenevents; ebenso über 30 Aufträge vom Bund und den Ländern, die die NürnbergMesse in wirtschaftlichen Boom-Regionen wie Brasilien, Russland, China und Indien durchführt.

„Natürlich beobachten wir die Entwicklung für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 aktuell sehr intensiv. Dabei registrieren wir einerseits vermehrt skeptische Signale aus der Industrie. Andererseits tragen aktuelle finanzpolitische Entscheidungen zumindest auf Sicht zur Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung bei. Ich verhehle jedoch nicht, dass mich zum Beispiel die neue Möglichkeit zur Bankenrekapitalisierung aus dem Krisenfonds des ESM mittel- und langfristig mit erheblicher Sorge erfüllt“, meinte Messechef Roland Fleck.

Nürnberg Convention

Was schließlich das Thema Nürnberg Convention anbelangt, so ist nach Aussage der Messechefs der Bedarf an kleinen und mittleren Konferenz- und Kongressräumen in Nürnberg weiterhin nicht hinreichend gedeckt. Daher prüfe die NürnbergMesse im Gespräch mit dem Airport Nürnberg, dort ein Convention Center Airport anzudocken. „Die NürnbergMesse stünde dafür als Betreiber zur Verfügung. Auf Basis der heutigen Kapitalausstattung benötigen wir unsere Investitionskraft jedoch zwingend für Baumaßnahmen am Stammgelände in Langwasser und Investments in Messen rund um den Globus“, stellte Roland Fleck fest. **DK**

hier zur Strategie des Unternehmens. Das Umfeld sei dafür ideal, denn die Wohnimmobilie erweise sich derzeit als absoluter Renner bei Selbstnutzern und Kapitalanlegern. Der LBS-Sprecher verwies auf die Geschäftsentwicklung der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-Gesellschaft, die 2011 das beste Ergebnis in ihrer 40-jährigen Geschichte erzielte. In diesem Jahr gehe es weiter bergauf, mit einem Plus von 11,9 Prozent auf 5642 vermittelte Objekte und einem Zuwachs beim Objektwert von 17,7 Prozent auf 946 Millionen Euro. Die LBS habe für diese hohe Nachfrage hervorragende Angebote. Insbesondere die Kombikredite, also mit Bausparverträgen unterlegte Sofortfinanzierungen der LBS Bayern, sind mehrfach von der Stiftung Warentest ausgezeichnet worden. Im aktuellen „Finanztest“-Sonderheft zur Eigenheimfinanzierung landete die LBS in Bayern viermal auf Platz eins.

Rückenwind für das Finanzierungsgeschäft erwartet sich die LBS von ihrer neuen Tariffamilie. Seit Mitte März hat sie die Zinsen für Bauspardarlehen auf den niedrigsten Satz ihrer Geschichte gesenkt. Bauspardarlehen für Eigenheimwerker werden ab einem Nominalzins von 2,75 Prozent angeboten. Hausbesitzer, die für eine energetische Modernisierung vorsorgen wollen, erhalten ihr Bauspardarlehen schon für 1,75 Prozent. „Diese Produkte werden von unseren Beratern und Kunden sehr gut angenommen“, berichtete Wirmhier. Alle neuen Tarife können mit der staatlichen Wohn-Riester-Förderung kombiniert wer-

den. Zum 30. Juni hatte die LBS Bayern 104.504 Wohn-Riester-Verträge über 4,55 Milliarden Euro im Bestand. Wirmhier zitierte ein weiteres Mal „Finanztest“, um die Attraktivität der Wohn-Riester-Zuschüsse und -Steuervorteile zu unterstreichen. „Kredite mit Riester-Förderung sind erste Wahl bei der Eigenheimfinanzierung“, so die Verbraucherschützer. Wirmhier zeigte sich überzeugt, dass noch viele mehr Immobilienfinanzierer diese Chancen nutzen könnten.

Energetische Sanierung

Er betonte auch erneut die großen Wachstumsspielräume im Modernisierungsmarkt. Weit über die Hälfte der Wohngebäude sei älter als 30 Jahre und verzeihe viel mehr Öl und Gas, als es die heutigen energetischen Standards für Neubauten erlauben. Wenn die Energiewende gelingen solle, müsse der Staat das viel zu geringe Sanierungstempo durch gezielte Fördermaßnahmen erhöhen. Wirmhier plädierte für direkte Zuschüsse - „weil die Leute sie un-mittelbar auf ihrem Konto sehen“ - und für einfache Vergabekriterien. Er bedauerte, dass es im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat seit einem Jahr nicht zu einer Einigung auf eine Förderung energetischer Modernisierungen gekommen ist. Diese ungeklärte Situation lasse Hausbesitzer zögern, entsprechenden Investitionen vorzunehmen. Das energetische Modernisierungspotenzial bezifferte Wirmhier allein in Bayern auf 120 Milliarden Euro. **□**



Bilanz-PK mit den beiden Geschäftsführern der NürnbergMesse, Dr. Roland Fleck (l.) und Peter Ottmann. **□**

Bilanz-Presskonferenz der NürnbergMesse:

Umsatzrekord 2012 fest im Blick

„2009 haben wir mit 132,7 Millionen Umsatz abgeschlossen, für 2011 können wir einen Umsatzzuwachs von über 30 Prozent auf 173 Millionen Euro präsentieren. Damit hat die NürnbergMesse 2011 das zweitstärkste Jahr seit ihrer Gründung 1974 abgeschlossen“, teilte Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann, die Geschäftsführer der NürnbergMesse, im Rahmen der Bilanzpressekonferenz mit. Freilich, so räumten sie ein, werde das vergangene Jahr seinen neu erworbenen Status mit Blick auf das laufende Jahr nicht lange innehaben, da „2012 aller Voraussicht nach das bisherige Top-Jahr 2010 in den Schatten stellen wird“.

Wie Fleck und Ottmann betonten, weist die NürnbergMesse Group für das Geschäftsjahr 2011 ein Jahresergebnis von minus 5,5 Millionen Euro aus. Es fällt um ein Drittel besser aus als geplant. Gleichzeitig übertrifft der Umsatz der GmbH die ursprünglichen Planwerte um acht Prozent. Das Jahresergebnis fällt sogar um ein Drittel besser aus als geplant. Dass das Jahr 2011 besser abschloss als das Jahr 2009 liege u. a. daran, dass die Veranstaltungen Brau Beviale und POWTECH/TechnoPharm im Jahr 2011 stattfanden. Diese hatten im Jahr 2009 ausgesetzt.

Neue Fachmessen

Des Weiteren kamen die neuen Fachmessen FeuerTRUTZ und it-sa hinzu. Maßgeblich für das vergleichsweise gute Ergebnis 2011 waren die stabile bis leicht steigende Entwicklung bei der verkauften Ausstellungsfläche und den additiv angebotenen Dienstleistungen, aber auch die kumulierte positive Entwicklung der internationalen Tochtergesellschaften. So lag die verkaufte Ausstellungsfläche im Konzern 2011 bei 767.000 qm, die von 25.808 Ausstellern gebucht wurde.

Insgesamt beteiligten sich 1,11 Millionen Besucher an den 172 Fachmessen, Kongressen, Publikumsveranstaltungen und Firmenevents im Portfolio der NürnbergMesse Group. Erstmals über 10 Millionen Euro Umsatz steuerte die NürnbergMesse Brasil Ltda. bei, die die NürnbergMesse erst im Jahr 2009 erworben hatte.

In den Group-Zahlen sind die internationalen Aktivitäten der NürnbergMesse eingerechnet, so die Geschäftsführer. Wichtig sei aber die Entwicklung am Heimatstandort: Einmal mehr habe sich die internationale Beteiligung am Messeplatz Nürnberg im Vergleich zu 2009 deutlich positiver entwickelt als die nationale: Die Zahl der internationalen Aussteller wuchs um 19 Prozent, die von diesen Ausstellern gemietete Nettofläche legte ebenfalls um 19 Prozent zu und der internationale Fachbesuch kletterte sogar um 28 Prozent.

Messewirtschaft profitiert

Durch den weiteren Zuwachs der Weltwirtschaft um 3,8 Prozent sowie der Steigerung des nationalen Bruttoinlandsprodukts von drei Prozent profitierte die deutsche Messewirtschaft deutlich. „Rückblickend kann man in 2011 von einem weiteren Wachstumsimpuls, nach der bereits im Jahr 2010 stattgefundenen Konsolidierung des Messegeschäfts, sprechen“, erklärten Fleck und Ottmann.

Nach den Worten der Geschäftsführer sind die überregionalen Messen im ersten Quartal 2012 nochmals gewachsen, „so dass die unsichere Wirtschafts- und Finanzmarktlage bislang keine Auswirkungen auf den Messeplatz Deutschland zu haben scheint“. Der AUMA rechnet mit einem leichten Wachstum von rund zwei Prozent bei den Aussteller- und Besucherzahlen gegenüber den Vorveranstaltungen und prognostiziert in Bezug auf

die Standflächen eine Parallelentwicklung.

Das Wachstum der verkauften Ausstellungsfläche in Nürnberg im ersten Halbjahr 2012 ist fünf Mal so groß wie das des gesamten deutschen Messemarktes (Nürnberg +5 Prozent; Deutschland +1 Prozent). Auch die Ausstellerzahlen sind im positiven Bereich, wenn auch dezenter als der deutsche Durchschnitt (Nürnberg +1 Prozent; Deutschland +3 Prozent). Allein die Besucherzahlen entwickelten sich im ersten Halbjahr rückläufig (Nürnberg-2 Prozent; Deutschland +1 Prozent). „Besonders die IT+Electronics-Messen und allen voran die embedded world (+17 Prozent) machten uns besucherseitig Freude“, machten Fleck und Ottmann deutlich. Die Minuswerte brächten überwiegend die Consumer Goods-Fachmessen ein, die, wie auch die BioFach/Vivaness, teilweise zweistellige Rückgänge verzeichnen mussten.

Gute Auslastung

Auch für das zweite Halbjahr 2012 rechnet die NürnbergMesse mit guten Ergebnissen. „Wir stehen mitten im vielleicht veranstaltungsstärksten Jahr in der Geschichte der NürnbergMesse. Turnusgemäß finden außer der POWTECH/TechnoPharm alle großen Messen statt, keine pausiert. Drei von vier der großen internationalen Fachmessen, die im Herbst in Nürnberg stattfinden, werden wachsen, manche sogar zweistellig“, konstatierten die Messechefs. Auch das NürnbergConvention Center sei dank neu hinzugekommener Kongresse und Tagungen gut ausgelastet. Unter den Veranstaltungen seien beispielsweise die Deutsch-Russische Rohstoff-Konferenz oder der Mitte Juli zu Ende gegangene CIHA – Internationaler Kunststoffs-Kongress.

Insgesamt umfasst der Jahreskalender der NürnbergMesse

Veranstaltungshinweis:

Fachtagung Städtebauförderung

Am 13. September 2012 findet im ehemaligen Dominikanerkloster in Bamberg die diesjährige Fachtagung der Städtebauförderung statt. Zum Tagungsthema „Chance für den demographischen Wandel“ wird unter anderem Bauminister Joachim Herrmann sprechen.

Die zukünftige Entwicklung der Städte und Gemeinden wird stark davon abhängen, wie die Funktionsfähigkeit der Siedlungsstrukturen und der öffentlichen Daseinsvorsorge auch bei abnehmenden Bevölkerungszahlen sichergestellt werden kann. Dabei gilt es, vor allem vitale Stadtzentren und Ortskerne als Ankerpunkte zu erhalten und zu entwickeln. Mit ihrem weit gefächerten Instrumentarium bietet die Städtebauförderung mit ihrer nunmehr mehr als 40-jährigen Erfahrung die erforderliche Kompetenz für integrierte Planungen und passgenaue Konzepte.

Die Fachtagung wird vor allem Anregungen und Hinweise geben, wie auf den demographischen Wandel in den Städten und Gemeinden mit Hilfe der Städtebauförderung reagiert werden kann.

Einladung mit Programm im Internet unter:
<http://www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/> **□**

Baustart im Wohngebiet Möhrendorf Süd

Im Wohngebiet Möhrendorf Süd kann ab sofort mit dem Hausbau gestartet werden. Bürgermeister Konrad Rudert und die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (DSK) luden zur Baufeldfreigabe ins Wohngebiet ein.

Auf dem 6,5 Hektar großen Baugebiet sind insgesamt 90 Bauplätze für Einzel- und Doppelhäuser sowie teilweise auch für Mehrfamilienhäuser entstanden. Die Grundstücke sind zwischen 300 und 800 Quadratmetern groß. „Für uns stand insbesondere auch eine Durchmischung des Wohngebiets im Vordergrund“, erklärte Michael Günter von der DSK. Zukünftig sollen bis zu 350 Menschen in dem Neubaugebiet leben. Der Preisrahmen für die Baugebietsentwicklung – insgesamt wurden 3,5 Mio. Euro kalkuliert – konnte sogar leicht unterschritten werden.

Die DSK, die in Bayern auch Konversions- und Gewerbeflächen entwickelt sowie Städte saniert, übernahm in Möhrendorf Süd die Erschließungsträgerschaft. Zudem betreute die DSK als Geschäftsbesorger der Gemeinde die Umlegung der einbezogenen Ackerflächen in zweckmäßige Bauplätze. Um die Baulandentwicklung zu beschleunigen,

wurde die Umlegung vor Rechtskraft des Bebauungsplanes eingeleitet und parallel zur Erschließungstätigkeit abgeschlossen. Von den 90 Bauplätzen sind bereits viele verkauft. Im Zentrum des Baugebiets wurde ein öffentlicher Spielplatz angelegt.

Höhere Lebensqualität

Die Gemeinde Möhrendorf liegt rund sechs Kilometer nördlich von Erlangen, zwischen der Regnitz und dem Main-Donau-Kanal. Die wirtschaftliche und demografische Entwicklung sorgen für eine starke Nachfrage nach Wohnbaugrundstücken. „Wir freuen uns, dass die Bauwilligen wie geplant mit dem Bau starten können. Dazu haben alle Beteiligten durch ihre gute Zusammenarbeit einen Beitrag geleistet. Das neue Wohngebiet wird die Lebensqualität in Möhrendorf weiter bereichern“, betonte Bürgermeister Konrad Rudert.

Infos: www.dsk-gmbh.de und www.mohrendorf.de **□**

Bayerischer Immobilienkongress 2012:

Schlüsselrolle für Metropolregionen

Ganz im Zeichen der Metropolen stand der Bayerische Immobilienkongress 2012 in München. Organisiert vom Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW) und Deloitte war der Kongress mit rund 200 Gästen nicht nur sehr gut besucht, sondern insgesamt ein wichtiger Impulsegeber für die gesamte Immobilienwirtschaft in Bayern.

Der Präsident des BFW Bayern, Andreas Eisele, hob in seiner Begrüßung die Strahlwirkung für ganz Bayern explizit in den Vordergrund. „Die Immobilienwirtschaft steht vor vielschichtigen Herausforderungen. Wir werden sie umso besser bewältigen, je enger Stadt und Land zusammenarbeiten. Den Metropolregionen im Freistaat Bayern kommt dabei eine Schlüsselrolle zu“, so Eisele.

Gründerwerbssteuer

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sprach sich gegen eine Erhöhung der Gründerwerbssteuer in Bayern aus. „In den letzten Jahren haben immer mehr Bundesländer die Gründerwerbssteuer als neues Instrument entdeckt, um zusätzliche Einnahmen zu erhalten“, erklärte Herrmann. So habe Baden-Württemberg die Gründerwerbssteuer von 3,5 auf 5 Prozent angehoben und das Land Berlin zum 1. April 2012 von 4,5 auf ebenfalls 5 Prozent. Laut Herrmann ist dies der falsche Weg. Der Bau neuer, kinder- und altengerechter Wohnungen werde dadurch beeinträchtigt. Wohnungsbau dürfe nicht verhindert, sondern müsse vorangetrieben werden.

Wie der Minister feststellte, verfügen insbesondere die Programme der Wohnraumförderung und der Städtebauförderung über hohe Multiplikatoreffekte: „Ein

Förder-Euro bewirkt hier durch die Aktivierung privater Investitionen eine Gesamtinvestition von bis zu acht Euro.“ Deshalb sei man auch erfolgreich den Überlegungen des Bundes entgegengetreten, die Mittel für die Städtebauförderung im Jahr 2012 erneut zu kürzen. Hinzu komme außerdem die Erhöhung der Landesmittel im bayerischen Haushalt. „Bei den Haushaltsverhandlungen für 2012 konnte ich eine Steigerung der Landesmittel um 35 Millionen Euro auf 97 Millionen Euro erreichen. Für die Städtebauförderung stehen im Jahr 2012 insgesamt 154 Millionen Euro inklusive der EU-Mittel zur Verfügung.“

Wohnraumförderung

In die Wohnraumförderung, die den Bau günstiger Mietwohnungen unterstützt, investiert Bayern wie im Vorjahr 205 Millionen Euro. Herrmann: „Um Engpässe bei der Versorgung mit angemessenem Wohnraum zu beseitigen, müssen unbedingt mehr Wohnungen gebaut und die dazu notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen oder verbessert werden. Das ist das Erste und Entscheidende.“

Der Bauminister fordert deshalb auch eine Reihe weitergehender Maßnahmen vom Bund: „Der Wohnungsbau muss bundesweit durch Steuervergünstigungen angekurbelt werden. Auf

unserem Wohnungsbaukongress Anfang Juli haben sowohl die Mieter- als auch die Vermieterseite beklagt, dass steuerliche Anreize im Wohnungsbau fehlen.“

Herrmann plädierte zudem für die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung im Mietwohnungsbau, um dem Wohnungsbau einen angemessenen Schub zu geben. Darüber hinaus sollen nach dem Willen der Bundesregierung und des Freistaates Bayern die Kosten für energetische Sanierungsmaßnahmen über zehn Jahre als Abschreibungen bzw. Sonderausgaben in Höhe von zehn Prozent der Herstellungskosten steuermindernd geltend gemacht werden können. Herrmann forderte die Bundesländer, die dieses Gesetzesvorhaben im Bundesrat blockieren, zum Einlenken auf. Das Gesetzgebungsverfahren müsse erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. „Die steuerliche Förderung von energetischen Modernisierungsmaßnahmen ist dringend geboten“, betonte der Politiker.

Gebäudesanierung

Auch Bundesbauminister Peter Ramsauer fand insbesondere bei der Energiepolitik deutliche Worte: „Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müssen wir im Gebäudebereich einiges tun. Hier steckt viel Einsparpotential. Mit den KfW-Programmen setzt die Bundesregierung wichtige Anreize: In diesem und den nächsten Jahren geben wir für die Gebäudesanierung jeweils 1,5 Milliarden Euro aus. Den privaten Eigentümern kommt hier eine besondere

Verantwortung zu. Auf sie entfallen drei Viertel des gesamten Wohnungsbestandes. Bei der Energieeinsparverordnung dürfen wir den Bogen allerdings nicht überspannen. Eigentümer dürfen nicht überfordert werden. Ich stehe für eine Energiewende mit Augenmaß: Ein Sanierungszwang ist mit mir nicht zu machen.“

Stabiler Markt

Mit informativen Vorträgen warteten neben Herrmann und Ramsauer u. a. auch Prof. Dr. Alain Thierstein von der TU München, Prof. Dr. Michael Voigtländer vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Dr. Hans V. Volckens, Finanzvorstand der IVG Immobilien AG und die Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München, Prof. Dr. Elisabeth Merk, auf. Wie Prof. Voigtländer konstatierte, habe sich der deutsche Markt als überaus stabil erwiesen. Die derzeit hohe Nachfrage nach Wohnungen als Anlageobjekt treffe die steigende Nachfrage nach Mietwohnungen: „Die Mieter wollen zentraler und besser wohnen, der Wohnkonsum wurde in den letzten Jahren aufgeschoben.“ Insbesondere Bayern bietet nach Voigtländers Worten gute Chancen für sicherheitsorientierte Anleger: „Die gute demografische Entwicklung sichert die künftige Nachfrage. Renditesprünge sind allerdings nicht zu erwarten.“

In einer abschließenden Podiumsdiskussion lieferten sich der Leiter des Referates für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, Dieter Reiter, der Fraktionsvorsitzende der CSU im Münchner Stadtrat, Josef Schmid, Dr. Matthias Ottmann, Vizepräsident des BFW Bayern und Geschäftsführender Gesellschafter der Südhausbau KG sowie Vorstandsmitglied Dr. Jürgen Büllesbach, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bayerischen Hausbau, ein spannendes Wortgefecht. **DK**

Der Baustoff Recycling Bayern e.V. im Landtag

Der Baustoff Recycling Bayern e.V. war vor kurzem zu Gast im bayerischen Landtag. Auf Einladung von Klaus Dieter Breitschwert, MdL, dem Vorsitzenden des Parlamentskreises Mittelstand der CSU-Fraktion, stellte BRBY-Präsident Matthias Moosleitner die Bedeutung von Recyclingbaustoffen für eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Ent- und Versorgung der Bauwirtschaft dar.

Geschäftsführer Stefan Schmidmeyer zeigte eine Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten im Straßen-, Wege- und Verkehrsflächenbau sowie Erdbau auf. Er machte deutlich, dass durch den Einsatz von geprüften, güteüberwachten und zertifizierten Recyclingbaustoffen umweltfreundlich und mit hoher bautechnischer Qualität gebaut werden kann. Er stellte weiterhin an Beispielen aus der Praxis dar, dass mit Recyclingbaustoffen in der Regel sehr wirtschaftliche, d. h. auch kostengünstige Bauweisen möglich sind.

Vorbildfunktion wahrnehmen

Zur Förderung des Recycling, zur Steigerung der Akzeptanz für und Stärkung der Nachfrage nach qualitativ gesicherten Recyclingbaustoffen ist es aber unabdingbar, dass gerade

- die Öffentliche Hand die ökologischen und ökonomischen Potentiale von Recyclingbaustoffen erkennt und im Beschaffungswesen aktiv nutzt,
- ihrer Vorbildfunktion nach dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz und dem bayerischen Abfallgesetz tatsächlich wahrnimmt,
- der Grundsatz der Produktneutralen Ausschreibung in allen Wirtschaftsbereichen gemäß der VOB ausnahmslos verwirklicht und die offensichtliche Bevorzugung natürlicher Baustoffe beendet wird sowie

- bestehende gesetzliche Vorschriften und Regelungen einheitlich vollzogen werden.

Ökologische und ökonomische Potentiale

In der anschließenden Diskussion zeigten sich die Anwesenden überrascht von den ökologischen und vor allem ökonomischen Potentiale von Recyclingbaustoffen. Im Ergebnis stellte man fest, dass Recyclingbaustoffe ein wichtiger Bestandteil in der Öffentlichen Beschaffung sein werden; vor allem, da sie es ermöglichen, auch in Zukunft eine funktionierende, ordnungsgemäße, schadlose und insbesondere bezahlbare Verwertung von mineralischen Abfällen sicherzustellen. Zudem tragen sie wesentlich dazu bei, die umweltpolitischen Zielsetzungen (mehr Recycling - weniger Beseitigung, geschlossene Stoffkreisläufe, nachhaltiges Wirtschaften und Bauen, Verringerung des Flächenverbrauchs, Reduzierung von Umweltbelastungen usw.) zu realisieren.

Öffentliches Beschaffungswesen

Landtagsabgeordneter Breitschwert bedankte sich zum Abschluss bei allen Anwesenden, bekräftigte die Bedeutung des Recycling sowie die Notwendigkeit, gerade das Öffentliche Beschaffungswesen aktiv einzubinden, und sagte seine weitere persönliche Unterstützung zu. □

Kosten sparen mit Recyclingbaustoffen

Dass Recyclingbaustoffe ökologisch sinnvoll sind, daran gibt es schon lange keine Zweifel mehr. Geprüfte, güteüberwachte und zertifizierte Recyclingbaustoffe erfüllen die einschlägigen umwelttechnischen Anforderungen und gewährleisten somit eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung. Sie helfen mit, die natürlichen Ressourcen zu schonen, den durch Rohstoffabbau bedingten Flächenverbrauch zu verringern und wertvolle Deponiekapazitäten einzusparen. Durch die Möglichkeiten der dezentralen Aufbereitung (mobil, semimobil, stationär) können in nicht unerheblichen Maße, Transportentfernungen reduziert, zusätzliche Verkehrsbelastungen vermieden und dadurch der Feinstaubausstoß sowie die CO₂-Belastung minimiert werden.

Aber auch von der Wirtschaftlichkeit her betrachtet punkten Recyclingbaustoffe enorm: Qualitätsgesicherte Recyclingbaustoffe entsprechen den bautechnischen Anforderungen des Straßen-, Wege-, Verkehrsflächenbaus, des Hoch- und Tiefbaus sowie des Erdbaus. Sie sind bautechnisch den natürlichen Baustoffen wie Sand, Kies und Schotter qualitativ gleichwertig - vielfach sogar überlegen. Und dennoch sind Recyclingbaustoffe in der Regel kostengünstiger als bautechnisch vergleichbare natürliche Baustoffe.

Aus diesen Gründen ist es möglich, durch den Einsatz von Recyclingbaustoffen auch im erheblichen Maße Entsorgungs-, Transport-, Arbeits- und Materialkosten einzusparen. Durch die Verwendung von Recyclingbaustoffen können Bauvorhaben insgesamt betrachtet oftmals wesentlich günstiger ausgeführt werden.

Warum Recyclingbaustoffe trotz dieser Vorteile nach wie vor um ihre Anerkennung und Akzeptanz in der Bauwirtschaft kämpfen, bleibt rätselhaft. Zudem werden durch die Ablehnung von Recyclingbaustoffen, die offene Bevorzugung natürlicher Baustoffe in Ausschreibungen und damit die Missachtung der Grundsätze der Produktneutralen Ausschreibung (VOB) die bestehenden gesetzlichen Regelungen verletzt.

Durch ein Qualitätssicherungs- und Zertifizierungssystem wird dem Auftraggeber die Konformität von Recyclingbaustoffen mit den geltenden umwelt- und bautechnischen Anforderungen zuverlässig gewährleistet. Der Baustoff Recycling Bayern e.V. fordert deshalb die Verantwortlichen in der Bauwirtschaft und insbesondere die Öffentliche Hand dazu auf, qualitätsgesicherte Recyclingbaustoffe aktiv nachzufragen und die ökologischen und vor allem auch ökonomischen Potentiale von Recyclingbaustoffen gezielt zu nutzen. □



Recyclingbaustoffe punkten - sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich. □

LEW
Lechwerke



NATUR. BEWUSST. LEW.

„Als Betreiber von 35 Wasserkraftwerken der LEW-Gruppe ist es Aufgabe der Bayerischen Elektrizitätswerke, den Lebensraum Natur zu schützen. Beispielsweise durch die Entwicklung und Erforschung neuer Fischaufstiegshilfen.“

Dr. Gerhard Haimerl, Experte für Wasserbau-Technik bei den Bayerischen Elektrizitätswerken

VORWEG GEHEN

www.lew.de

1. Deutscher Reparaturtag zeigt Potenziale auf:

Verfahren nachhaltiger als ihr Ruf

Der Anteil der Erneuerungs- und Renovierungsverfahren bei Sanierungsmaßnahmen nimmt ab, der der Reparaturverfahren zu – 2009 wurden mehr als 36 % aller Sanierungsverfahren mit Ausbesserungs-, Injektions- oder Abdichtungsverfahren ausgeführt: Das sind einige Ergebnisse der letzten von der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) durchgeführten Umfrage zum Zustand der Kanalisation. Dieser positive Trend für Techniken, die der Behebung von punktuellen, einzelnen Schäden innerhalb einer Haltung dienen, macht gleichzeitig einen Widerspruch deutlich: Obwohl sich zunehmend mehr Auftraggeber und Netzbetreiber für die Reparatur von Schäden an ihren Leitungssystemen entscheiden, gelten die eingesetzten Verfahren oft nur als zweite Wahl. Mit diesem Vorurteil aufräumen will der 1. Deutsche Reparaturtag, der am 26. September in Mainz stattfindet.

Die vom Verband Zertifizierter Sanierungsberater für Entwässerungssysteme e.V. (VSB) in Kooperation mit dem Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH (IKT) und der Technischen Akademie Hannover e.V. (TAH) konzipierte Veranstaltung schafft eine Plattform für eine vielfach verknante Verfahrensgruppe und bringt Technologieführer und Anwender erstmals an einen gemeinsamen Tisch.

„Das ist längst überfällig, denn es sind noch viele Fragen offen“, meint Dipl.-Ing. Markus Vogel, einer der Initiatoren der Veranstaltung. Welche Reparaturverfahren gibt es zurzeit auf dem Markt, was können sie leisten, nach welchen Kriterien sind die Techniken planerisch auszuwählen? Das interessiert die Branche, und darauf wird die Veranstaltung in Mainz Antworten geben. Netzbetreiber, Planer und Hersteller kommen zu Wort. In Diskussionen und Vorträgen werden die technische Bandbreite und die vielfältigen Einsatzbereiche einer Verfahrensgruppe aufgezeigt, die in der Sanierungsbranche zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Reparatur, Renovierung und Erneuerung

Undichte Leitungen müssen saniert werden – hierin sind sich alle einig. Dabei ist die Wahl des geeigneten Sanierungsverfahrens meist abhängig von den festgestellten Schäden und den örtlichen Rahmenbedingungen. In vielen Fällen ist eine Sanierung ohne Aufgrabung der Leitung möglich, was die Bauzeit und die Beeinträchtigungen von Anwohnern und Straßenverkehr auf ein Minimum reduziert. Bei den Sanierungsverfahren unterscheidet man zwischen der Renovierung (Modernisierung durch Innenausschlachtung), der Erneuerung (Ersatz durch Austausch) und der Reparatur von Einzelschäden. Zu der letztgenannten Verfahrensgruppe zählen unter anderem Injektions- und Roboterverfahren sowie der Einzug von Kurzlinern und auch die partielle Sanierung mit Manschetten.

Technik, Qualität und Regelwerk im Fokus

Der Präsentation der verschiedenen Verfahren wird auf dem 1. Deutschen Reparaturtag genügend Platz eingeräumt. Die beteiligten Sponsoren stellen im Rahmen einer umfangreichen Fachausstellung den aktuellen Technikstand vor. Sachverständige Praktiker berichten von ihren Erfahrungen rund um das Thema Kanalsanierung. In seinem Einführungsvortrag beleuchtet Markus Vogel die „aktuelle Situation der Reparaturverfahren und deren potenzielle Auswirkungen“. Dipl.-Ing. Caroline Körner von der Stadtentwässerung Köln AöR nimmt zu der „Bedeutung der Reparaturverfahren aus Sicht der Kanalnetzbetreiber“ Stellung. „Zu den weiteren Schwerpunkten des eintägigen Programms zählen neben der Vorstellung des aktuellen Standes der Technik vor allem

die Auseinandersetzung mit planungsrelevanten Sachverhalten“, erklärt Organisator Dr.-Ing. Igor Borovsky von der Technischen Akademie Hannover. Dipl.-Ing. (FH) Mario Heinlein, Sprecher DWA-AG ES-8.15, stellt „Technische Einsatzmöglichkeiten der Reparaturverfahren nach DIN EN 15885“ vor, während Dipl.-Ing. Rico Nock, VOGEL Ingenieure, die „Anforderungen an die Planung zum Einsatz von Reparaturverfahren“ erläutert. Auch Qualitätsaspekte, Gesetze und Normen kommen nicht zu kurz. Privatdozent Dr.-Ing. Bert Bosse, Institut für unterirdische Infrastruktur (IKT), geht in seinem Vortrag auf die „Reparaturverfahren in Forschung, Prüfung und Warentest“ ein und Prof. Dr.-Ing. Volker Wagner von der Hochschule Wismar ordnet die Reparatur ins technische Regelwerk ein. Dass sich dabei eine „Reparatur im Spannungsfeld des Einsatzziels“ befinden kann, schildert Dipl.-Ing. Bianca Burger von den Göttinger Abwasserbetrieben in ihrem Vortrag, der sich mit den Themen Fremdwasserbeseitigung und Dichtheitsprüfung von Reparaturstellen beschäftigt.

Die Beiträge machen deutlich, dass eine sachgerechte Kanalsanierung ohne die Nutzung von bewährten Reparaturverfahren weder technisch noch wirtschaftlich möglich wäre. Hierbei stehen dem Markt vielfältige, allerdings

auch sehr unterschiedliche Verfahren zur Verfügung. Deshalb fällt ein Überblick oft schwer. Planer Vogel erlebt immer wieder, dass seitens der Netzbetreiber und Planer zum Teil erhebliche Unsicherheiten bestehen, was Reparaturverfahren tatsächlich leisten können, welche Qualität erreichbar ist und welche Faktoren bei der Ausschreibung, Vergabe und Bauüberwachung berücksichtigt werden müssen. Wie finde ich die richtige Technik bei der Sanierungsplanung und wie schaffe ich es, dass die richtige Technik bezüglich des Schadensbildes, der Rahmenbedingungen und in Bezug auf den Erfolg einer Sanierungsmaßnahme auf die richtige Baustelle kommt? Manche Firmenaussagen suggerieren, dass mit der jeweiligen Technik praktisch alles machbar sei. Gerade hier wird es für den nicht versierten Planer schwierig, Wunsch und Wirklichkeit zu erkennen.

Kernfragen

Das sind nach Meinung von Vogel die Kernfragen, mit denen sich Planer heute auseinandersetzen müssen. Und das möglichst neutral und ohne Blick auf die Honorarordnung und die damit verbundenen wirtschaftlichen Aspekte der ingenieurtechnischen Leistung. Damit schneidet Vogel, Inhaber eines renommierten Ingenieurbüros, ein überaus sensibles Thema an. Denn aktuell ist der Einsatz von Reparaturverfahren für das Planungsbüro nicht eben lukrativ. Hinzu kommt: Während Renovierungsarbeiten mit Einführung der DIN 18326 Teil C der VOB als Regelbauverfahren verfahrenstechnisch gelten, ist für die Reparaturverfahren außer der DIN EN 15885 – hierin sind die verschiedenen Techniken klassifiziert – keine eigenständige Normung vorhanden. Es besteht die Gefahr, dass die Reparatur-

verfahren in ein Schattendasein gedrängt werden. Zu Unrecht, meint Vogel, „denn der Einsatz der richtigen Technik an der richtigen Stelle – gerade auch der Reparaturverfahren – zur richtigen Zeit ist für den Netzbetreiber oft die wirtschaftlichste Lösung.“

Impulse geben

Auch hier will die Veranstaltung in Mainz den Hebel ansetzen. Neben den Vorträgen soll eine Podiumsdiskussion zum Thema „Nutzungsdauer von Reparaturreinsätzen“ Hersteller und beteiligte Fachkreise dazu animieren, die Normung in diesem Bereich weiter voranzutreiben. Davon würden alle Seiten profitieren – hierin sind sich die Beteiligten einig. Denn bei den zurzeit aktuellen Reparaturverfahren handelt es sich um ausgereifte Techniken, die seit Jahren mit Erfolg angewendet werden. Allerdings hängt ein Erfolg der Sanierungsmaßnahme sowohl von der Erfahrung und Fachkenntnis des Planers wie auch von der Einstellung des Auftraggebers ab. Will dieser kurzfristig Löcher stopfen und dabei möglichst wenig investieren oder nachhaltige Kanalstandhaltung betreiben?

Bei der Beantwortung dieser Frage gibt es im Sinne einer langfristigen Werterhaltung einer leistungsfähigen Infrastruktur und im Sinne des Schutzes unserer Umwelt keine Alternative. „Wenn ich einen Schaden frühzeitig feststelle und rechtzeitig reagiere, kann ich mit Reparaturverfahren die langfristige Nutzung des Leitungssystems aktiv und mit geringen Mitteln sicherstellen“, ist Vogel sicher. Voraussetzung ist der richtige Umgang mit den vorhandenen Möglichkeiten, wobei grundsätzlich gilt, dass mit dem bloßen optischen Kaschieren eines Schadens kein langfristiger Sanierungserfolg zu erzielen ist. „Jeder Schaden hat eine Ursache. Diese gilt es zu erkennen und mit den geeigneten Mitteln darauf zu reagieren“, so Vogel. Wie das geht? Auch darüber wird in Mainz diskutiert werden.

Weitere Informationen unter: www.reparaturtag.de



Kümmersbrucks Erster Bürgermeister Richard Gaßner, Staatsminister Helmut Brunner, Maria Mertel (Vorstandsmitglied der Teilnehmergemeinschaft Krumbach) und Ambergs Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer ziehen eine erste Zwischenbilanz. Bild: Markus Bauer

Vier Gemeinden werden hochwasserfrei

Zwischenbilanz beim Modellprojekt „Krumbachtal“ im Landkreis Amberg-Weilheim

Der Klimawechsel ist inzwischen deutlich spürbar: stürmische Winde, scharfe Gewitter mit großen Regenwassermengen. Und diese Ereignisse wirken sich auch auf die Landschaft aus: Bäume stürzen um, Flüsse und selbst Bäche schwellen an und führen Hochwasser. Schwere Gewitterniederschläge am 27. August 2002 im Amberger Ortsteil Raiering mit einem Hochwasser als Folge waren in der Folge Auslöser für die Initiative zu einer interkommunalen Hochwasserschutzmaßnahme. Was knapp zehn Jahre später daraus geworden ist, darüber informierte sich kürzlich der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Helmut Brunner in Moos, einem Ortsteil der Gemeinde Kümmersbruck.

Vier Kommunen sind am Krumbachprojekt („Gewässerentwicklung und Hochwasserschutz im Einzugsbereich des Krumbachs in der Integrierten Ländlichen Entwicklung Krumbach“) beteiligt: die kreisfreie Stadt Amberg, die Gemeinde Freudenberg, die Stadt Hirschau und die Gemeinde Kümmersbruck. Das Einzugsgebiet des Krumbachs umfasst ca. 3600 ha, seine Fließlänge beträgt ca. 15 km. Amberg-Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer ging beim Ortstermin auf die Vorgeschichte ein und nannte als Ziel, „die Gemeinden hochwasserfrei zu machen“, dies aber unter den Gesichtspunkten Ökologie und Nachhaltigkeit zu erreichen. Daher wurden die Wasserwirtschaftsämter, das Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz sowie das Landwirtschaftsamt mit ins Boot geholt. Und Dandorfer freute sich, dass der Freistaat Bayern dieses Pilotprojekt unterstützt.

Gelungenes Projekt

Als ein „besonders gelungenes Projekt einer Stadt-Land-Partnerschaft“ würdigte Minister Brunner das Krumbach-Projekt. Den vorbeugenden Hochwasserschutz und den natürlichen Wasserrückhalt in der Fläche nannte er als wichtige Bestandteile des Hochwasserschutz-Aktionsprogramms der Bayerischen Staatsregierung. Da im Projekt auch die Oberlieger gefördert sind und sich alle vier Kommunen entlang des Bachlaufs einbringen, nannte Brunner die Initiative „ein Paradebeispiel für eine gelungene interkommunale Zusammenarbeit“. Zu 90 Prozent fördert dies, so Staatsminister Brunner, die Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung, die restlichen Kosten sowie den Grunderwerb und den Flächenabzug teilen sich die Stadt Amberg und die Gemeinde Kümmersbruck.

Flurneuordnung

Mit Hilfe des Amtes für Ländliche Entwicklung konnten flächensparende Lösungen gefunden werden, die dem Wasserrückhalt, der Ökologie und der Landwirtschaft gerecht werden. Flurneuordnungsmaßnahmen tragen zum vorbeugenden Hochwasserschutz bei. Beim Krumbach-Projekt wurden die Grundstückseigentümer und Bürger kontinuierlich in den Planungs-

prozess mit einbezogen. Innerhalb eines 1,6 km langen und 30 m breiten Streifens wird der Krumbach renaturiert und kann künftig wieder frei mäandrieren. Zudem wird das Wasser durch vier Bodenwellen zurückgehalten bzw. der Abfluss verzögert. Die Bodenwellen fügen sich harmonisch in die Landschaft ein und können von den Landwirten befahren und bewirtschaftet werden. Mit dieser Maßnahme soll letztlich ein Volumen von bis zu 180.000 Kubikmeter Wasser zurückgehalten werden können.

Große Herausforderung

„Gäbe es das Amt für Ländliche Entwicklung nicht, gäbe es auch diese wichtige Baumaßnahme als Hochwasserschutzmaßnahme nicht“, betonte der Kümmersbrucker 1. Bürgermeister Richard Gaßner, der auf die bisherige Entwicklung aus der Sicht seiner Kommune einging. Er nannte einige besondere Maßnahmen (Geländemodellierungen, Sportplatzverlegung) und den zentralen Abschnitt („eine große Herausforderung“) zwischen den Ortschaften Krumbach und Moos. „Mit Kompetenz und Engagement, Fingerspitzengefühl aber auch Hartnäckigkeit, wurden die nicht immer einfachen Gespräche mit den Grundstückseigentümern zu einem sehr guten Gesamtergebnis gebracht“, erläuterte Gaßner zum aktuellen ersten Bauabschnitt.

Synergieeffekte

Auf die bereits vor 15 Jahren erfolgten ersten Planungen zur Regulierung des Krumbachs verwies Maria Mertel, Vorstandsmitglied der Teilnehmergemeinschaft Krumbach. Bereits damals hätten Landwirte mit den Hochwasserschutzmaßnahmen einhergehende Flurbereinigungen vorgeschlagen.

„Ohne die Vorteile der Flurbereinigung hätten viele Grundstückseigentümer nicht zugestimmt, die Flurbereinigung hat die Situation verbessert“, bilanzierte Mertel, verwies aber auch auf die Einhaltung der Zusagen für die Landwirte. Als „ausgezeichnete Idee“ bezeichnete schließlich Walter Raith, der Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Weiden, das Krumbach-Projekt, auch aufgrund der hier erzielten Synergieeffekte. Dennoch machte Raith deutlich, dass stets ein Restrisiko – auch im Bezug auf Hochwasser – bleibe. Markus Bauer

Donautal Aktiv feierte sein 10. Jubiläum im Schloss Höchstädt

„Donautal Aktiv e. V., der Verein für Regionalentwicklung zwischen Iller und Lech, feierte im stolzen Schloss Höchstädt sein 10. Jubiläum. Vor einem Jahrzehnt begann eine wohl einzigartige Erfolgsgeschichte mit einem inzwischen viel bewunderten Gipfelsturm von Aktivitäten zur zielbewussten Förderung der Kraftquelle Heimatliebe und Heimatbewusstsein.“

Ganz hervorragend gemeistert wurde die gebietsübergreifende Zusammenarbeit. In der attraktiven Jubiläumsbroschüre sind erfolgreich umgesetzte Leitsätze dokumentiert. Energische Vorreiter der zielbewussten Steuerung, der Entwicklung und Aufwertung der besonderen Entwicklungssachsen entlang der Donau waren vor allem die drei schwäbischen Landräte Leo Schrell, Dillingen (1. Vorsitzender von Donautal Aktiv), Stefan Rößle, Donau-Ries, und Hubert Hafner, Günzburg. Sie sahen von vornherein: „Wir brauchen ein starkes Bündnis für das Schwäbische Donautal“. In den letzten zehn Jahren gab es für „Donautal Aktiv“ bei Projekten und Wettbewerben bayern- und deutschlandweit teilweise sensationelle Erfolge. Im Jahr 2009 wurde in dem hochrangigen Bundeswettbewerb „Idee Natur – Zukunftspreis Naturschutz“ einer von fünf Bundessiegen errungen.

Beim 10. Jubiläum von „Donautal Aktiv“ wurden beim Festakt und dem anschließenden bunten Programm im Binnenhof des Schlosses Höchstädt bestätigt, dass es gelang, starken Gemeinschaftsgeist zu entwickeln. Landrat Hafner, der 2. Vorsitzende von Donautal Aktiv, beton-

te die sehr positive Ausweitung der Arbeitsgebiete bis nach Mittelschwaben, in das Ries und nach Baden-Württemberg, mit vielen Arbeitsgruppen und Teamarbeit. Landrat Schrell bekräftigte die Bedeutung des herausragenden Erfolges von „Donautal Aktiv“ mit den drei Säulen Regionalentwicklung, Tourismus und Naherholung sowie Naturschutzmaßnahmen mit Landschaftspflege. Zu den Glanzpunkten im Programm geworden seien der Do-

naual-Radelspaß mit jährlich vielen Tausenden Teilnehmern, der Verein „Gästeführer“, die Messekooperationen, Mühlen-, Pilger- und Wallfahrtswege, Life-Natur-Projekte, hervorragende Aktivitäten der Landwirtschaft, Gastronomie und der Museen.

Landrat Rößle hob beim 10. Jubiläum hervor, welchen hohen Rang die erreichte Wertschätzung regionaler Produkte habe. Besondere Anerkennung verdiene das Engagement für den Naturschutz und den ländlichen Raum. Bürgermeisterin Hildegard Wanner führte als Musterbeispiel für hervorragende Nutzung heimatnaher Produkte die Aktivitäten der „Fischgenusswirte“ an. jdt



Viele Komplimente gab es im Schloss Höchstädt für die drei Landräte (v. l.) Leo Schrell (Dillingen), Stefan Rößle (Donau-Ries) und Hubert Hafner (Günzburg). Mit ihnen feierten das große Fest im Schlosshof auch drei in der Heimatpflege aktiv mitwirkende Schülerinnen der Realschule St. Bonaventura Dillingen (v. l.): Jessica Wolf, Sarah Bold und Iris Weichenmeier. Bild: jdt

Zum 50. Geburtstag von Landrat Dr. Ulrich Reuter:

Erfolgreicher Marathonläufer

Aschaffenburgs Landkreischef Dr. Ulrich Reuter feierte am 27. Juli seinen 50. Geburtstag. Im Rahmen eines Empfangs im Landratsamt gratulierte ihm Innenstaatssekretär Gerhard Eck auch im Namen von Innenminister Joachim Herrmann zu seinem Ehrentag.

„Seit zehn Jahren lenkst Du mit der Dir eigenen Energie und Tatkraft das Geschehen im Landkreis Aschaffenburg. Dabei kommen Dir Deine Ausdauer, Dein Fleiß und Deine vielseitige Kompetenz zugute“, betonte Eck. Daneben ist Ulrich Reuter unter anderem auch im KPV-Bundesvorstand, im Landesvorstand der KPV der CSU sowie auch als Mitglied im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen des Bayerischen Landkreistages, im Vorstand und Hauptausschuss des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes und als Mitglied im Hauptausschuss des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Bayern eine wertvolle Stütze.

Durchhaltevermögen

„Reuters berufliche Laufbahn ist beeindruckend“, meinte der Staatssekretär. Als ambitionierter Läufer, der einen Marathon bin-

nen etwa dreieinhalb Stunden zurücklege, wisse der Landkreischef, wie wichtig Durchhaltevermögen ist. Denn erst am Ende des Laufs winke der große Erfolg. „Diese Energie, Zielstrebigkeit und Ausdauer eines erfolgreichen Langstreckenläufers kennzeichnen Deinen gesamten Werdegang.“

Großer Wissensdurst

Die Karriere des zweifachen Familienvaters begann 1978 am Landratsamt Aschaffenburg mit der Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten. Nach erfolgreichem Abschluss folgte die Fachhochschulreife und danach – von 1983 bis 1985 – ein Studium an der Bayerischen Beamtenfachhochschule.

Im Laufe der anschließenden dreijährigen Tätigkeit als Rechtspfleger am Amtsgericht Aschaffenburg haben sich Eck zufolge „erneut der Wissensdurst und der Wille gemeldet, sich weiterzubil-

den“. Und so habe Ulrich Reuter von 1987 bis 1989 berufsbegleitend Rechtswissenschaften an der Universität Würzburg studiert. Abgeschlossen hat Reuter das Studium mit einem Prädikatsexamen. Bereits ein Jahr später folgte die Promotion.

Berufliche Laufbahn

Nach dem Zweiten Juristischen Examen arbeitete Ulrich Reuter erst kurz als Anwalt in Frankfurt am Main, ehe er knapp zehn Jah-



Dr. Ulrich Reuter.

re lang im Konzern der Deutschen Bank tätig war. 2001 bis 2002 war Reuter Professor für öffentliches Recht und Europäisches Wirtschaftsrecht an der Fachhochschule Aschaffenburg. Dort ist er auch heute noch als Lehrbeauftragter tätig. Im Jahre 2002 schloss sich der Kreis seiner beruflichen „Laufbahn“. Mit der Wahl zum Landrat kehrte Ulrich Reuter in die Behörde zurück, in der einst sein Aufstieg begann.

Bildung im Visier

Während seiner zehnjährigen Landratsstätigkeit hat der Jubilar stets besonderes Augenmerk auf die Bildung gelegt. Zu den bisherigen Realschulstandorten im

Deponie Holzheim:

Gericht weist alle Klagen gegen Plangenehmigung ab

Augsburg – Das Verwaltungsgericht Augsburg hat über die Klagen der Gemeinden Holzheim und Münster sowie einer privaten Grundstückseigentümerin gegen den Plangenehmigungsbescheid der Regierung von Schwaben für die Deponie Holzheim entschieden und diese abgewiesen. „Damit ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Inbetriebnahme der Deponie geschaffen, da nun alle Genehmigungen gerichtlich bestätigt sind“, betonte der Pressesprecher der Lech-Stahlwerke (LWS) Markus Kihm.

Das Gericht sah die Klagen zum einen als unzulässig an, weil weder die Gemeinden noch die Grundstückseigentümerin durch die Planänderung in eigenen Rechten betroffen seien. Mit dem Änderungsbescheid vom 1. Oktober 2010 hat die Regierung von Schwaben auf Antrag der LSW die Anpassung der Deponie an die geänderten Umweltstandards genehmigt. Durch die zusätzliche Basisabdichtung erfolgt eine wesentliche Verbesserung des Grundwasserschutzes. Auch sei eine Betroffenheit der Gemeinden in ihrer Planungshoheit ausgeschlossen, so das Gericht.

Kein sinnloses Projekt

Das Gericht sah zum anderen auch die Planrechtfertigung, das heißt die Erforderlichkeit der Deponie als gegeben an, was die Kläger stets bestritten. „Es ist also gerade kein „sinnloses

Landkreis kamen deshalb in seiner Amtszeit zwei weitere Realschulen hinzu. Reuter setzte sich dafür ein, „dass die Schulen im Landkreis sehr gut ausgestattet sind und sich in einem einwandfreien Zustand befinden“, so Staatssekretär Eck.

Stärkung der Region

Wichtig ist dem Landrat auch die Stärkung der Region als Wirtschaftsstandort. Wegen der räumlichen Nähe legt er sehr großen Wert auf intensiven Kontakt mit Hessen sowie den Kommunen im Rhein-Main-Gebiet. Wie Eck hervorhob, „hast Du es immer wieder geschafft, in der Bayerischen Staatskanzlei sowie den Ministerien erfolgreich für die Unterstützung dieser Zusammenarbeit zu werben“.

Auch als Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes der Region I Bayerischer Untermain setzt sich Ulrich Reuter mit Erfolg für seine Heimatregion ein. Ein besonders wichtiges Projekt war im vergangenen Jahr die grenzüberschreitende Ansiedlung einer Fraunhofer Arbeitsgruppe für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie in Alzenau und Hanau. Nicht zuletzt durch sein nachhaltiges Engagement konnte die Ansiedlung in Rekordzeit ermöglicht werden.

Moderne Krankenhaus

Wie tatkräftig sich der Jubilar für eine Stärkung des Landkreises einsetzt, ist derzeit auch in Wasserlos zu sehen. Im März dieses Jahres erfolgte dort der Spatenstich für einen modernen Gebäudeteil des Kreiskrankenhauses. Zudem wird 2013 der bereits bestehende Gebäudekomplex saniert. So entsteht ein modernes Krankenhaus für die Bürger des Landkreises Aschaffenburg.

Staatssekretär Gerhard Eck abschließend: „Lieber Uli, Du hast schon Enormes geleistet und viel Wichtiges für Deine Heimat und Deine Mitmenschen erreicht. Aber mit 50 muss man noch lange kein Lebensrückblick ziehen. Noch viele Aufgaben, viele Läufe, noch so mancher Start und Zieleinlauf liegen vor Dir. Herzlichen Dank für all das, was Du bisher für unsere Mitmenschen, für unsere Heimat, für unser Land geleistet hast!“ DK



Die Post kommt – überall hin ...

Qualitätsmanager bei der Deutschen Post:

Abwechslung garantiert

Was macht einen Traumjob zum Traumjob? Für Armin Brunner, Qualitätsmanager bei der Deutschen Post, sind es vor allem zwei Faktoren: Abwechslung und Freiheit. Beides bietet ihm sein Beruf zuhauf.

Für Armin Brunner beginnt der Arbeitstag, wenn auch die Zusteller in seinem Gebiet zur Arbeit erscheinen – die genaue Zeit variiert, immer aber beginnt der Tag sehr früh. Fast jeden Morgen besucht der Qualitätsmanager zuerst einen der Zustellstützpunkte in seinem Bereich. Sein Gebiet reicht von Wasserburg im Norden über Rosenheim an den Chiemsee und im Süden an die österreichische Grenze. Auf Brunners Agenda steht dann vor allem die Beratung und Unterstützung der Zusteller und Zustellerinnen. Er informiert sie über wichtige Neuerungen, schult oder kümmert sich um kleinere Reparaturen, wenn etwa ein Drucker nicht richtig funktioniert.

Mädchen für alles

„Wir Qualitätsmanager sind ein bisschen Mädchen für alles“, berichtet Brunner. „Das kann ein Problem mit dem Zustellfahrzeug sein, aber auch einfach der fehlende Kugelschreiber.“ Flexibilität ist ein Muss – Brunner weiß vorher nie genau, was ihn an diesem Tag erwartet. Die Unterstützung für die Zusteller endet übrigens nicht nach dem Besuch des Zustellstützpunktes: Sie können Brunner auch außerhalb seiner morgendlichen Besuche jederzeit anrufen, wenn es einen Notfall gibt. Sogar am Wochenende – als Helfer in der Not ist Brunner immer im Dienst, sein Handy ist deshalb neben dem Firmenwagen sein wichtigstes Werkzeug.

Schnell die Seiten wechseln

Sobald die Zusteller zu ihrer Tour aufbrechen, ist auch für Brunner die Arbeit im Stützpunkt getan und er setzt sich in sein Auto. Für den zweiten Teil seines Tages muss er die Seiten wechseln: Er fährt durch einen Zustellbezirk und prüft, ob der zuständige Zusteller die gewünschten Qualitätskriterien erfüllt: Schließt er sein Auto ab, wenn er anhält? Ist das Zustellfahrzeug korrekt abgestellt, sind also etwa die Briefbehälter abgedeckt und ist das Rad abgeschlossen? Lässt die Zustellung wie gewünscht ab? Meist hat Brunner keinen Grund zur Klage, seine Leute arbeiten zuverlässig und schnell. Wenn es doch einmal etwas zu bemängeln gibt, klärt der Qualitätsmanager das mit dem Zusteller im direkten Gespräch. Außerdem besucht Brunner auf seiner Tour auch Kunden: Immer dann, wenn zum Beispiel ein Kunde mit seinem Zusteller unzufrie-

den ist oder der Postbote darunter leidet, dass ein Hund frei auf dem Grundstück läuft und er sich dadurch nicht sicher fühlt. In all diesen Fällen ist Brunner der persönliche Ansprechpartner für die Kunden und klärt Konflikte oft direkt an deren Haustür. Für diesen direkten Kontakt zur Deutschen Post sind die Kunden meist sehr dankbar.



Von Wasserburg über den Chiemsee bis zur österreichischen Grenze reicht das Gebiet von Qualitätsmanager Armin Brunner.

Zwischen Hammer und Amboss

Kurz vor Mittag ist Brunner mit seinen Außenterminen fertig und macht sich auf den Weg in sein Büro in Rosenheim. Dort wartet der Schreibtisch: Denn Armin Brunner verfasst jeden Tag einen Bericht über die Ergebnisse vom Vormittag. Dieser Tagesbericht geht an seinen Abteilungsleiter, der damit einen regelmäßigen Überblick über die Qualität in seinem Zuständigkeitsbereich hat. Aber dass die Qualität in seinem Gebiet stimmt, ist für Brunner nicht nur ein erwartetes Ziel, sondern vor allem ein persönliches Anliegen.

Berater und Ansprechpartner

Dass er in seiner Funktion eine Doppelrolle spielt, ist ihm bewusst: einerseits Berater und Ansprechpartner für die Zusteller, andererseits derjenige, der ihre Leistung überprüft. „Wir Qualitätsmanager sind immer zwischen Hammer und Amboss“, sagt er. Ein Konflikt, mit dem er gut zurechtkommt. Die Zustellkollegen vertrauen ihm und seinem Urteil – auch, weil er selbst viele Jahre als Zusteller gearbeitet hat. Das schafft Glaubwürdigkeit und sorgt für Kollegialität, selbst wenn es einmal ein Problem gibt. Armin Brunner lässt keinen Zweifel daran, dass er seinen Job liebt: „Ich habe den abwechslungsreichsten Job, den es bei der Deutschen Post gibt.“

Gemeindekonzeption mit Modellcharakter:

Demographiegerechtes Buch a. Erlbach

Das ganze Jahr über erarbeitet die Gemeinde Buch a. Erlbach bereits gute Ideen und Vorschläge für ein demographiegerechtes Buch der Zukunft. Der im Landkreis Landshut gelegene Ort setzt sich das Ziel, unter den Bedingungen von zurückgehenden Geburtenraten und der Alterung der Bevölkerung Lebensqualität und Wirtschaftsperspektiven im ländlichen Raum vorausschauend zu sichern. Auch sollen die soziale Infrastruktur, Wohngebiete, Freizeiteinrichtungen und Versorgungsmöglichkeiten an die Folgen des demographischen Wandels angepasst werden. Buch soll attraktiv für die dort lebenden Bürger bleiben.

Der Prozess der Anpassung an den demographischen Wandel in Buch a. Erlbach soll Modellcharakter für Gemeinden im ländlichen Raum erhalten und wird mit Mitteln der Städtebauförderung des Landes Bayern unterstützt. In die Erarbeitung des Konzepts „Demographiegerechtes Buch a. Erlbach“ und in dessen Umsetzung werden die Bürgerinnen und Bürger intensiv einbezogen. Der demographische Wandel wird einen Umbau der Gemeinde verlangen und dieser Umbau soll gemeinsam mit der Bevölkerung vorgenommen werden.

Unterstützende Partner

Bei der Erarbeitung der Gemeindekonzeption wird Buch vom Kommunalberatungsunternehmen KlimaKom e.G. aus München und Bayreuth und der Universität Bayreuth unterstützt. In den Prozess werden die bisher vorliegenden Ergebnisse der städtebaulichen Analyse, die durch das Planungsbüro EGL in den vergangenen Jahren erarbeitet wurden, einbezogen und für den Ortskern, die Siedlung am Einberg und dem Weiler Holzen unter dem demographischen Aspekt verfeinert und mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung abgestimmt.

Erste Zukunftskonferenz

Nach einer Auftaktveranstaltung im Januar präsentierten Studierende der Universität Bayreuth im Rahmen der ersten Zukunftskonferenz die Ergebnisse ihrer Untersuchung. Danach ist der Bevölkerungszuwachs der letzten Jahre nicht auf einen Anstieg der Geburtenrate zurückzuführen, sondern auf Zuzug. Auch „altert“ die Bevölkerung Buchs.

War das Durchschnittsalter 2009 noch knapp 42 Jahre, so wird es sich 2021 auf etwa 47 Jahre belaufen. Auf diese Alterung muss die Gemeinde reagieren.

Barrieren und Hindernisse

Bereits jetzt gibt es Barrieren und Hindernisse, die insbesondere älteren Menschen Probleme bereiten. Es sind die Höhenunterschiede bzw. die starken Steigungen, die gefährliche Verkehrssituation und die schwache Beleuchtung, die von der Bevölkerung im Rahmen einer Haushaltsbefragung als Hindernisse im öffentlichen Raum angegeben wurden.

Die Befragung lieferte noch weitere Ergebnisse: Zufrieden ist die Bevölkerung mit den Sport- und Freizeitmöglichkeiten und den Angeboten der Vereine. Die über 60-Jährigen können sich gut vorstellen, im Alter in einem Mehrgenerationenhaus oder in einer betreuten Wohnung zu leben. Bemerkenswert war auch der hohe Anteil der Befragten, die sich ehrenamtlich engagieren: Mehr als ein Drittel übt ein Ehrenamt aus.

Thematische

Intensiv wurde im Rahmen der ersten Zukunftskonferenz an acht sog. Thementischen gearbeitet. Dort setzten sich die Teilnehmer mit der aktuellen Entwicklung auseinander. Den Höhepunkt der Veranstaltung stellte das Visionenspiel dar. In anregenden Präsentationen wurde die ideale Zukunft des Ortes beschrieben.

Vor kurzem nun hat die zweite Zukunftskonferenz stattgefunden. Der Schwerpunkt hierbei war die Erarbeitung konkreter Sofortmaßnahmen und Projekte. DK

Auftaktveranstaltung im Landkreis Freyung-Grafenau:

„XENOS - Integration und Vielfalt“

Wie kann man für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund den Weg in die Ausbildung und die Berufswelt erleichtern, Barrieren und Diskriminierung verhindern? Die Antworten auf diese Fragen beinhaltet das Projekt „XENOS - Integration und Vielfalt“. Im Landratsamt Freyung fand hierzu eine Auftaktveranstaltung statt.

Das Bundesprogramm „XENOS - Integration und Vielfalt“ will Demokratiebewusstsein und Toleranz stärken sowie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus abbauen. Dabei geht es vor allem um präventive Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft. Für die lokalen und regionalen Problemlagen sollen praxisbezogene Lösungsansätze unter Anwendung bereits erprobter und bewährter Konzepte und Methoden entwickelt und gute Projektansätze implementiert werden.

Zwei Förderrunden

Die Umsetzung von „XENOS - Integration und Vielfalt“ erfolgt in zwei Förderrunden. In der ersten Förderrunde werden seit 2008 bis Ende 2012 rund 252 Projekte gefördert. Die Projektlaufzeit beträgt maximal drei Jahre.

Im Januar 2012 starteten 105 Projekte in die zweite Förderrunde des Bundesprogramms. Der besondere Fokus dieser zweiten Runde liegt darauf, den Zugang von benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit und ohne Migrationshintergrund zu Ausbildung und Beschäftigung durch den Abbau arbeitsmarktbezogener Diskriminierung zu verbessern. Damit soll die Integrati-

on in den Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe unterstützt sowie die kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft gefördert werden.

In diesem Zusammenhang stellte auch die Volkshochschule Freyung-Grafenau ihr Projekt „grenzenlos tolerant - Toleranz grenzenlos“ vor, das an „XENOS“ gekoppelt ist. Wie der Geschäftsführer der vhs, Klaus Hippmann, erläuterte, ist es das erklärte Ziel, Jugendliche durch Sensibilisierung ihrer Bezugspersonen und durch mehr Toleranz bei Entscheidungsträgern wie Politikern oder Arbeitgebern beim Einstieg in die Arbeitswelt zu unterstützen.

Internetplattform

Mit Hilfe einer mehrsprachigen Internetplattform sollen den Migranten beispielsweise Beamtengänge erleichtert und erklärt werden. Regionale und unternehmensspezifische Integrationsstrategien sollen entwickelt werden, um Arbeitnehmern - trotz eventueller Sprach- und Kulturbarrieren - den Einstieg in ihren Arbeitsplatz zu ermöglichen. Außerdem sind noch viele weitere Aktionen, vor allem auch an Schulen, und Maßnahmen geplant. Die vhs Freyung-Grafenau geht das Projekt gemeinsam mit den Volkshochschulen Hof, Cham und Passau an.

Walter Zöller feiert Rekord-Jubiläum:

40 Jahre Münchner Stadtrat

Er darf sich mit Fug und Recht als Ausnahme-Politiker bezeichnen: Bereits seit 40 Jahren gehört Walter Zöller dem Münchner Stadtrat an. Am 1. Juli 1972, als Georg Kronawitter sein Amt als Münchner Oberbürgermeister antrat, wurde Zöller, der sich bereits als Mitglied der Jungen Union und später auch in der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU Meriten erwarb, Mitglied des Rates der Landeshauptstadt. Mittlerweile ist der 72-Jährige dort der Dienstälteste und laut Süddeutscher Zeitung „der wohl mächtigste Oberbürgermeister, den München nie hatte“.

Walter Zöller war in den 1980er Jahren als CSU-Fraktionsvorsitzender mit Hilfe der legendären „Sofa-Fraktion“ zum Dirigenten einer Stadtratsmehrheit geworden und zeitweise, zumindest bei stadtratspflichtigen Angelegenheiten, einflussreicher als der tatsächliche OB, dem er jocular anbot, sich doch als 42. Mitglied der „Gestaltungsmehrheit“, wie sie sich selbst nannte, anzuschließen. Wie OB Christian Ude rückblickend betont, habe dies Georg Kronawitter so tief gekränkt, „dass er sich mit unglaublichem Schwung in den Wahlkampf 1990 warf und ein rot-grünes Bündnis schmiedete, das ihm in früheren Zeiten noch gar nicht geheuer gewesen wäre“.

Wissen, Erfahrung und gute Kontakte

„Hatte Walter Zöller für einen schwarz-grünen Pakt mit der Grünen-Fraktion bei den Referenten-Wahlen 1988 sogar den Segen von Franz-Josef Strauß eingeholt und erhalten, war diese Farbkombination Schwarz-Grün nach der verlorenen Kommunalwahl 1990 in seiner Partei plötzlich verpönt und seine Zeit als Fraktionschef bald vorbei“, erinnert sich Ude. Zöller sei nur Planungssprecher seiner Fraktion geblieben, wobei dieses „nur“ in Anführungszeichen zu setzen sei, „weil einer wie Zöller mit dem beruflichen Wissen eines Notars, mit der jahrzehntelangen Erfahrung als dienstältestes Mitglied

der Stadtgestaltungscommission, mit Leidenschaft für Stadtplanung und Architektur, mit guten Kontakten zur Wohnungswirtschaft und Architektenschaft aus der Sprecherrolle mindestens so viel zu machen weiß wie aus dem Fraktionsvorsitz“.

Maßgebliche Mitwirkung

In den Zeiten absoluter CSU-Mehrheit von 1978 bis 1984, aber auch nach 1990, als er der „Opposition“ angehörte, hat Walter Zöller zudem viele Bebauungsplanverfahren und Architektenwettbewerbe maßgeblich beeinflusst und sogar an wohnungspolitischen Grundsatzbeschlüssen wie auch progressiven Regelwerken mitgewirkt.

Ein leidenschaftlicher Kommunalpolitiker

Ude zufolge ist er „40 Jahre lang niemals zu einem Routinier geworden, der Termine nur noch absitzt, sondern immer ein leidenschaftlicher Kommunalpolitiker, ein Verfechter des kommunalen Ehrenamtes und ein Verteidiger demokratisch gewählter Gremien und ihrer politischen Kultur geblieben“. Auszeichnungen wie die Medaille „München leuchtet“ in Gold, die Jubiläumsmedaille in Gold sowie die Goldene Bürgermedaille sind Ausdruck für die Wertschätzung und Anerkennung, die der Vollblutpolitiker Zöller in all den Jahren erfahren durfte. **DK**

Freyung-Grafenaus Landrat Ludwig Lankl bezeichnete die beiden Projekte als „hervorragende zusätzliche Maßnahmen zu den bereits bestehenden Einrichtungen wie die Agentur für Arbeit oder das Regionalmanagement“.

Bedarf an Fachkräften

Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz, Chefvolkswirt und Leiter des Forschungsfeldes für wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge, wies in seinem Referat unter dem Motto „Migration und Fachkräftegewinnung als Herausforderung für die regionale Wirtschaft und Gesellschaft“ darauf hin, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund „gefragt sind wie nie“. Die weiterhin gute Konjunktur verstärkte den aktuellen Fachkräftebedarf. „Dieser wird auch nicht zurückgehen, im Gegenteil: Wegen der abnehmenden Zahl und Alterung der erwerbsfähigen Personen wird der Bedarf an qualifizierten Migranten noch steigen“, betonte Loeffelholz.

Deutschlandweit sind nach seinen Worten mehr Menschen zuzugewandert. Im Landkreis Freyung-Grafenau hingegen sind mehr Menschen „ausgewandert“ als hergezogen. Bei diesen Wan-

derbewegungen handle es sich aber um regionale Abwanderungen - vor allem in den Raum Passau. „Auch die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland wird in den nächsten gut zehn Jahren von 45 Millionen auf 38 Millionen zurückgehen. Rechnet man diese Zahlen auf den Landkreis Freyung-Grafenau runter, so werden auch hier einige Tausende wegfallen und somit die Fachkräftelücke spürbar zunehmen“, erklärte Loeffelholz die prekäre Situation.

„MINT-Berufe“

Besonders knapp werden die Arbeitskräfte bei den so genannten „MINT-Berufen“, also Mathematiker, Ingenieure, Naturwissenschaftler und Techniker. Und hier soll das Projekt „XENOS - Integration und Vielfalt“ greifen. „Die Region muss ihre eigenen Möglichkeiten nutzen und qualifizierte Zuwanderer gewinnen“, hob der Chefvolkswirt hervor. Die Zahl der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrecher müsse verringert und die Übergänge in den Beruf verbessert werden. Außerdem sollten gut und hoch qualifizierte Migranten angeworben werden. „Diese Menschen müssen dann auch integriert werden - integrieren heißt investieren“, stellte Loeffelholz fest.

Das Gesamtvolumen des XENOS-Projekts beläuft sich auf 350 Millionen Euro, für die Hälfte kommt die EU auf, ein Viertel stemmen jeweils die Bundesregierung und die Projektträger. **DK**



Unser Bild zeigt Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel (vierter von links) und Bezirkstagsvizepräsidentin Eva Maria Linsenbreder (vierte von rechts) sowie Bezirksrätin Christina Arnold (fünfte von links) gemeinsam mit allen Preisträgern. Von links: Matthias Triebel (Bergheimfeld-Garstadt), Verena Thamm (Triefenstein-Lengfurt), Christel Breunig (Aschaffenburg), Bernhard Gass (Bad Neustadt a. d. Saale-Brendlorenzen), Helmut Pfaffenberger (Ebern-Jesserndorf) und Miltenbergs Bürgermeister Joachim Bieber. **DK**

Bezirk Unterfranken:

Förderpreise zur Erhaltung historischer Bausubstanz

Den mit insgesamt 150.000 Euro dotierten Förderpreis der Kulturstiftung des Bezirk Unterfranken zur Erhaltung historischer Bausubstanz hat Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel in Miltenberg an die sechs Preisträger des Jahres 2012 vergeben.

Den Preis teilen sich demnach Helmut Pfaffenberger für die Sanierung der Dorfwirtschaft „Grüner Baum“ in Ebern-Jesserndorf (Landkreis Haßberge), Verena Thamm für die Erhaltung des Weinhauses Zorn in Triefenstein-Lengfurt (Landkreis Main-Spessart), die Stadt Miltenberg für die Restaurierung der Mildenburg und deren Nutzung als Museum (Stadt Miltenberg), Bernhard Gass, der die Taubennühle in Bad Neustadt a. d. Saale-Brendlorenzen renovieren ließ und nun als Vinothek und Wein-Bar nutzt (Landkreis Rhön-Grabfeld), Matthias Triebel für die Sanierung eines Giebelhauses mit verputztem Fachwerkgiebel in Bergheimfeld-Garstadt (Landkreis Schweinfurt) und Christel Breunig für die Renovierung eines Bürgerhaus-Fachwerkhäuses in Aschaffenburg (Stadt Aschaffenburg).

Denkmalschutz leiste einen grundlegenden Beitrag zur Be-

wahrung der kulturellen Vielfalt einer Region oder einer Landschaft, sagte Dotzel in seiner Laudatio. „Denkmalpflege ist das Bekenntnis zu unserem gemeinsamen kulturellen Erbe und zu unserer gemeinsamen Geschichte.“

Paradestück

Landrat Roland Schwing (Landkreis Miltenberg) gratulierte insbesondere der Stadt Miltenberg zu ihrem Preis für die sorgsame Restaurierung der Mildenburg. Dass sich unter den sechs Preisträgern etliche Gasthäuser befanden, interpretierte der Landkreis-Chef als Indiz dafür, dass in Unterfranken schon in der Vergangenheit gern gefeiert wurde.

Bürgermeister Joachim Bieber (Stadt Miltenberg) nannte die Mildenburg ein „Paradestück“. Insgesamt gebe es im Miltenberg 258 Denkmäler - „und jedes davon

Bezirksparteitag der CSU Mittelfranken:

„Neue Medien – frei und fair“

Triesdorf (wefa) – Einen gesellschaftlichen Konsens zum Schutz geistiger Leistungen hat Innenminister Joachim Herrmann auf dem Bezirksparteitag der mittelfränkischen CSU in Triesdorf (Landkreis Ansbach) angemahnt. Er sieht durchaus einen Zwiespalt: „Wir regen uns auf, wenn jemand seine Doktorarbeit fälscht, aber finden es lustig, wenn die Piraten den Diebstahl von Daten zum Programm erheben.“

Herrmann, der auch Bezirksvorsitzender der CSU Mittelfranken ist, befasste sich in seiner Rede mit dem Tagungsthema „Neue Medien – frei und fair“ und warnte davor, das Netz mit seinen gigantischen Datenspeichern sich selbst zu überlassen. „Der Staat ist auch für die Sicherheit auf den Datenautobahnen zuständig“, sagte der Parteichef, relativierte aber zugleich: „Merkwürdig ist, dass die privaten Datenspeicher als zweitrangig angesehen werden, dabei speichern sie viel mehr als die staatlichen Stellen.“

Schattenseiten

Urheberrechtsverletzungen und Raubkopien seien die Schattenseiten der weltweiten Datenverfügbarkeit. „Im Vergleich zu dem, was an Raubkopieren runtergeladen wird, ist der Diebstahl von DVDs in den Läden fast schon läppisch.“ Wie Herrmann erklärte, seien 2011 in Bayern an die 20.000 Delikte mit einer Schadenssumme von rund 30 Millionen Euro bekannt geworden, die Dunkelziffer sei aber vermutlich noch weit höher. Herrmann plakativ: „Der Bankraub des 21. Jahrhunderts heißt Fishing.“

Der Innenminister sprach von einem „Quantensprung“ und einem Leben in der modernen Kommunikationsgesellschaft 2.0.“ Herrmann sieht zunächst die Chancen für die ländlichen Räume, denn längst gingen die großen Unternehmen auf das Land, weil das Leben und Löhne in München für die Mitarbeiter zu teuer werde. „Wenn wir“, so Herrmann, „die Arbeit zu den Menschen bringen, dann können wir sie im ländlichen Raum halten.“

Kein Ruhmesblatt

Das Internet habe aber auch seine Risiken, denn die Wirtschaft könne sich beispielsweise genauso des Softwareentwicklers aus Taiwan bedienen wie dem aus Dinkelsbühl. Der Highspeed-Zug zum Internet dürfe in Triesdorf nicht schlechter sein als in München. Deshalb habe die Staatsregierung im Doppelhaushalt 2013/2014 eine umfassende Strategie „Bayern digital“ entwickelt und 200 Millionen Euro eingesetzt. Schon in den letzten drei Jahren seien vom Freistaat für eine bessere digitale Infrastruktur in 1300 Gemeinden 107 Millionen Euro ausgegeben worden. Die Privatisierung der Telekom sei für den Bund kein Ruhmesblatt gewesen, denn das Breitband werde nur dort verlegt, wo eine entsprechend hohe Rendite zu erwarten sei.

Zum Parteitagsthema äußerten sich auch Finanz-Staatssekretär Franz Pschierer, der Beauftragte für Informationstechnologie der Staatsregierung, sowie der stellvertretende Bezirksvorsitzende

ist wichtig!“ Aber die Mildenburg „thront hoch über der Altstadt“ als Wahrzeichen Miltenbergs, sagte Bieber. Er erinnerte an die langjährige Suche nach einer geeigneten Verwendung des historischen Baus aus dem 13. Jahrhundert. Mit dem Kunstmuseum habe man eine „hochwertige Nutzung, die der Bedeutung des Gebäudes entspricht“ gefunden, so das Stadtoberhaupt abschließend. **DK**

Dr. Christian von Dobschütz („Neue Chancen für eine Mitmachgesellschaft“). Die Arbeitsgruppen leiteten der Ansbacher Landrat Dr. Jürgen Ludwig, Robert Frank, Thomas Kranig (Präsident des Landesamts für Datenschutzaufsicht in Ansbach) und Eckhard Schwarzer (DATEV-Vorstand für Marketing und Vertrieb).

Schon bei der Begrüßung der Parteitagbesucher hatte Alexander Küßwetter, der für die Lehranstalten Triesdorf zuständige Bezirksrat, auf die impulsgebende Rolle von Triesdorf hingewiesen. Er sagte: „Wir brauchen den Ausbau der Landmaschinenschule zu einem Fachzentrum für Land- und Energietechnik, denn ohne Landwirtschaft wird die Energiewende nicht laufen.“ **DK**

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenack (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2012

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Euregio Inntal-Generalversammlung 2012:

Kompetente Anlaufstelle für EU-Förderungen

Seit über zehn Jahren arbeitet die Euregio Inntal – Chiemsee – Kaisergebirge - Mangfalltal für den europäischen Einigungsprozess auf regionaler Ebene und unterstützt so den Gedanken eines zusammenwachsenden Europa. Aktivitäten mit Fördermitteln in Höhe von rund 14 Millionen Euro wurden in dieser Zeit umgesetzt. Vor diesem Hintergrund zog Präsident Walter J. Mayr bei der Generalversammlung 2012 im Rathaus Rosenheim eine äußerst positive Bilanz. Die Euregio präsentiert sich nach seinen Worten als „stark nachgefragte und kompetente Anlaufstelle für EU-Förderungen“.

„Erfreulicherweise konnten mehrere Interreg-Projekte erfolgreich abgeschlossen werden“, berichtete Präsident Mayr den Mitgliedern. Die Großprojekte Moor-Allianz in den Alpen“ oder „Höhlen-Kultur-Erlebnis Inntal“ werden auch nach Ende der offiziellen Laufzeit weitergeführt. Damit wird auch dem Sinn der 60-prozentigen Anschubfinanzierung aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung entsprochen.

Darüber hinaus genehmigte der Euregio-Vorstand fünf Kleinprojekte aus den Themenbereichen Wirtschaft, Tourismus, Bildung und Kultur, die ebenfalls den Grenzraum zwischen Traunstein, Rosenheim, Kufstein und Kitzbühel stärken. Dazu zählen Mayr zufolge das Vorhaben „Frau und Erfolg“ - ein Motivationstag für

Unternehmerinnen im März 2012 in Kufstein und eine weitere Veranstaltung im Mai 2012 in Rosenheim, zudem eine Projektstudie der Gemeinden Niederndorf und Oberaudorf für ein gemeinsames Besucherzentrum mit einem 40 Meter hohen Holzturm an der Staatsgrenze zwischen Bayern und Tirol namens „Sehnsucht nach den Gipfeln“ und die Broschüre „Kieferergipfel“, eine Chronik zum zehnjährigen Jubiläum des Treffens von Tiroler und bayerischen Bürgermeistern und Sicherheitsorganen im Tiroler und bayerischen Inntal.

Weitere genehmigte Kleinprojekte sind die „Tanzmatinee auf der Kufsteiner Festung“ sowie die „NetiT-Region“. Gemeinsam mit dem Lead-Partner Rosik e.V. führt die Euregio Inntal dieses Projekt durch. An Rosik werden

laufend IT-Beratungsfragen von Privatpersonen und Firmen aus dem Euregio-Gebiet gestellt. Fachveranstaltungen und Kooperationsbörsen sollen besonders die Vernetzung zwischen Wirtschaft, IT und Verkehr fördern.

Als zusätzliche erfolgreiche Beispiele aus der Euregio-Arbeit nannte Mayr die Ausstattung der grenznahen bayerischen Rettungsorganisationen mit digitalen Funkgeräten, um eine Kommunikation mit ihren Tiroler Kollegen bei Rettungseinsätzen zu ermöglichen und die langjährige Kooperation mit den Rosenheimer Hagelfliegern, die bei ihren Einsätzen 13 Tiroler Gemeinden mit einbeziehen, um zumindest größere Hagelschäden zu vermeiden.

Stattgefunden haben auch zahlreiche Veranstaltungen in Bayern und Tirol: So kam es erst Mitte Juni über Einladung von Kufsteins Bezirkshauptmann Christian Bidner zu einem Forst- und Jagdgespräch. Dort kristallisierte sich heraus, dass die Rotwildschäden und die grenzüberschreitende Rotwildbewegung ein Problem darstellen. Ziel wäre daher eine wissenschaftlich fundierte Wildbestandserhebung für ein mögliches Interreg-Rotwild-Projekt.

Darüber hinaus unterzeichneten im Rosenheimer Landratsamt Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer und seine österreichische Kollegin Doris Bures einen Staatsvertrag zur Zusammenarbeit bei der Planung für den Zulauf zum Brennerbasistunnel von München bis an die deutsch-österreichische Grenze und weiter bis zur bereits fertig gestellten „Neuen Untertalbahn“ nach Kundl.

Im Rahmen der Generalversammlung präsentierte der Innsbrucker Universitätsprofessor Dr. Josef Nussbaumer, mehrfach ausgezeichnete Wissenschaftler und Autor zahlreicher Publikationen, auf Einladung der Euregio seine Publikation „Unser kleines Dorf“.

Nussbaumer betrachtet darin das Verhalten und die Entwicklung von 100 Einwohnern im Vergleich mit der Weltbevölkerung. Durch diese Normierung können nach seinen Worten aussagekräftige statistische Vergleiche gezogen werden. Dabei ließen sich beispielsweise Erkenntnisse in punkto Beschäftigung in der Landwirtschaft, in den Bereichen Bevölkerungsentwicklung, Ernährung und Konsum sowie Energiewirtschaft und Ressourcenverbrauch erzielen.

So haben 41 Personen in „Globo“ beispielsweise keine sanitären Anlagen, 13 keinen Zugang zu ausreichend sauberem Trinkwasser. Nur vier Bewohner können das Buch lesen, weil sie Deutsch verstehen. Von den elf Handfeuerwaffen im Dorf sind fünf in Nordamerika - mehr als die ganze Polizei besitzt. Es wird auch hochgerechnet, wie viele dieser Welten von Nöten wären, würden alle Menschen so viel Erdöl verbrauchen, wie das reichste Viertel der Welt. Gebraucht würden dann sieben Globos.

Mit einem Wirtschaftssystem im Sinne des Ressourcenverzehr, wie es in Mitteleuropa, also auch in der Euregio Inntal existiert, werde eine Welt, in der sieben Milliarden Menschen leben, nicht zu bedienen sein, meinte Nussbaumer. Der Bewusstseinswandel könne, geschichtlich betrachtet, nie verordnet werden, sondern müsse von unten kommen. „Die Rettung kommt nur von der Zivilgesellschaft“, zeigte sich Nussbaumer überzeugt, „nicht von der Wissenschaft, die dorthin geht, wo das Geld ist und auch nicht von der Politik, die kurzfristig agiert.“

DK

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...

„Hoppala, schon wieder jemand, der meint, seine Schönheit bräuchte dringend Farbe in der Haut und sich wundert, wenn andere Anstoß nehmen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, sieht in dem Fall eines russischen Opernsängers, der wegen eines Runen-Tattoos, das er sich in jungen Jahren hat stechen lassen und deshalb nicht bei den Wagner-Festspielen in Bayreuth singen darf, einen Fall von irre geleitetem Geschmack oder übergroßer Lust an der Provokation.

Um es vorweg zu sagen: Die Entscheidung, dass jemand, der früher oder aktuell ein Körperbild an sich hat, das ein Nazi-Symbol darstellt oder mit einem solchen Ähnlichkeit hat, in Bayreuth nicht singen sollte, ist absolut in Ordnung. Wagner wurde halt von Anfang an von den Nazis missbraucht und Bayreuth von diesen vereinnahmt – da gelten eigene Maßstäbe.



dass er dieses Ding bis an sein Lebensende mit sich herumträgt – Schrumpelhaut, Falten und Verfärbungen ab einem gewissen Alter inklusive. Gut, es gibt Techniken, ein nicht mehr gefallendes Tattoo „umzudekorieren“ und aus SS-Runen einen Medusenkopf zu machen oder die Oberarmbekleidung „Sabrina mon Amour“ durch ein florales Motiv zu überdecken. Aber die Tatsache

des Tätowiertseins lässt sich nicht rückgängig machen.

Es ist also tatsächlich immer noch so wie es schon aus der Antike berichtet wird, dass der Mensch primär für den Augenblick lebt. Im alten Griechenland war es Herostratos, der für einen Moment der Berühmtheit die grausigsten Folgen auf sich nahm. Heute gilt: Ist das Tattoo aktuell hip oder kann es schockieren, wird es aufgetragen, egal was in 20 Jahren ist. Auch im Sport ist alles auf den Augenblick ausgerichtet. Das Eröffnungsfeuerwerk der Olympischen Spiele in London war noch nicht abgebrannt, da gab es den ersten Dopingfall. Doping ist aber nichts anderes als vorsätzliche Selbstschädigung mit Langzeitwirkung. Also unlimitierte Nachwirkungen für den einen Augenblick Ruhm.

Da wir in Deutschland sind, wird das Tattoo-Phänomen nun aber auch grundsätzlich diskutiert: Sind Tattoos Kunst? Was haben sie uns zu sagen? Müsste man nicht die Aufmerksamkeit darauf richten, die Botschaften der Körperbilder zu deuten? Und dann würde aus einem kleinen Schmetterling am Knöchel ein tiefgründendes Statement und der tätowierte Sänger mutierte zum Gesamtkunstwerk. Schöne Aussichten.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ein Ästhet alter Schule, der Tattoos zwar als Ausdruck der Persönlichkeit respektiert, aber diesen Körpergemälden sicherlich nicht den Rang von Kunst beimessen würde. Nun, da kann sich wohl jeder seine eigene Meinung bilden, ganz im Sinne eines Satzes von Ralph Waldo Emerson, den ich dem Chef aufs Handy simse: „Liebe zur Schönheit ist Geschmack. Das Schaffen von Schönheit ist Kunst.“

Ihre
Sabrina

Ehrenfahne des Europarates für Ingolstadt

Für ihre Verdienste um die Verbreitung des europäischen Gedankens ist die Stadt Ingolstadt mit der Ehrenfahne des Europarates ausgezeichnet worden. Europaministerin Emilia Müller und Johanna Schicker, Ehrenmitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, übergaben die Fahne bei einem Festakt im Stadttheater an Oberbürgermeister Alfred Lehmann. Bereits 1999 hatte die Stadt für ihre europäischen Aktivitäten mit Schwerpunkt auf den städtepartnerschaftlichen Beziehungen das Europadiplom in Straßburg erhalten.

Ingolstadt pflegt inzwischen partnerschaftliche Beziehungen zu neun Städten. Die Verbindungen zum italienischen Carrara und Kirkcaldy in Schottland jähren sich heuer zum 50. Mal. Nächstes Jahr kann die Städtepartnerschaft mit Grasse in Südfrankreich ebenfalls 50. Geburtstag feiern. Im Jahr 1979 wurde ein Partnerschaftsvertrag mit Murska Sobota/Slowenien geschlossen, 1995 mit dem Moskauer Zentralbezirk/Russland. Es folgten 1998 Manisa/Türkei und 2003 Kragujevac/Serbien. Die jüngsten Verbindungen mit Opole/Polen und Győr/Ungarn wurden in den Jahren 2005 und 2008 besiegelt.

Mit der Pflege dieser offiziellen Partnerschaften leiste Ingolstadt einen Beitrag zur europäischen Verständigung und Einheit, betonten die Redner bei der Verleihung. Mehrfach erwähnt wurde dabei auch das Engagement Ingolstadts in Burkina Faso, wo sich die Stadt stark für den Bau von Brunnen einsetzt. DK

Grünes Licht für Klinik-Fusion

Neues gemeinsames Kommunalunternehmen „Donau-Isar-Klinikum Deggendorf – Dingolfing-Landau“

Die Kreistage der Landkreise Deggendorf und Dingolfing-Landau haben die Fusion ihrer Kliniken beschlossen. Damit entsteht mitten in Niederbayern ein neues gemeinsames Kommunalunternehmen „Donau-Isar-Klinikum“ mit drei Standorten in Deggendorf sowie in Dingolfing und Landau.

Die Dingolfinger Krankenhäuser waren in finanzielle Schieflage geraten, das jährliche Defizit wuchs auf zuletzt 5,1 Millionen Euro an. Durch Synergieeffekte und Deggendorfer Know-how soll der Betrieb dort wieder wirtschaftlich werden.

Die Deggendorfer Krankenhaus-Chefin Dr. Inge Wolff machte sich einen Namen, als sie dort das Klinikum binnen weniger Jahre aus den roten Zahlen in die Gewinnzone manövrierte. Sie ist auch designierter Vorstand des neuen Kommunalunternehmens, das ein Stammkapital von einer Million Euro erhält, wobei der Landkreis Deggendorf eine Stammeinlage von 600.000 und der Landkreis Dingolfing/Landau in Höhe von 400.000 Euro erbringt. Kontrolliert wird die Vor-

sitzende durch einen 15-köpfigen Verwaltungsrat, in dem Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter nannte die bevorstehende Fusion zum „Donau-Isar-Klinikum“ einen „Meilenstein“, auch wenn es aufgrund höherer Schulden als zunächst angenommen, länger als zwei Jahre dauern werde, bis die „schwarze Null“ in Landau und Dingolfing erreicht ist.

Eine weitere wesentliche Neuerung ist, dass das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) in Landau, in dem umfangreiche Sanierungsmaßnahmen anstehen, nicht in das neue gemeinsame Kommunalunternehmen eingegliedert wird. Der Landkreis Dingolfing-Landau muss das Defizit selbst tragen. DK

Letzter Bauabschnitt des Elsenfelder Schulzentrums:

Modernes Gebäude zum Lernen und Wohlfühlen

Mit einer Feierstunde haben zahlreiche Gäste den Abschluss der Modernisierung des Elsenfelder Schulzentrums und die Übergabe des fünften und letzten Bauabschnitts gefeiert. In der Aula bekamen sie neben zahlreichen Grußworten auch ein attraktives Unterhaltungsprogramm geboten.

Landrat Roland Schwing sprach den Gästen aus der Seele, als er sagte, dass es „keine bessere Investition gibt als die in Bildung.“ Das Schulzentrum sei ein Synonym dafür, dass sich der Landkreis Miltenberg zu Recht einen Ruf als Schullandkreis erworben habe.

Die Notwendigkeit des 41-Millionen-Euro-Projekts sei unumstritten gewesen, erklärte Schwing und verwies darauf, dass das Schulzentrum Anfang der 1970er Jahre für 1000 Schüler konzipiert gewesen sei. Aufgrund stetig steigender Schülerzahlen sei eine Erweiterung in Verbindung mit einer räumlichen Entflechtung und Neustrukturierung der beiden Schulen unumgänglich geworden, argumentierte der Landrat. Mit der Fertigstellung und der Übergabe des fünften Bauabschnitts sei gleichzeitig der gesamte Bau beendet.

Schwing erwähnte auch die Tatsache, dass mit Hilfe des Förderprogramms IZBB zusätzlich ein Neubau für die Nachmittagsbetreuung der Schüler samt Mensa und Küchenraum für knapp 2,8 Millionen Euro errichtet wurde, der sich nahtlos an den Gymnasialbereich anschließt. Der fünfte Bauabschnitt stelle mit der zentralen Aula und den sich

darüber befindenden Schulverwaltungen gewissermaßen das Herzstück des Schulzentrums dar.

Technik und Gestaltung

Der Landrat erläuterte den Gästen zudem die moderne Technik in allen Teilen des Gebäudes sowie die Gestaltung der Außenanlagen. Aber auch die Kunst komme mit dem von der gemeinnützigen Sparkassenstiftung finanzierten Kunstwerk der Künstlerin Petia Knebel im Innenhof und vier Kunstinseln im hinteren Pausenhof nicht zu kurz. Das Schulzentrum unterstützt eine zeitgemäße Bildungs- und Erziehungsarbeit in optimaler Weise“, steht für Landrat Roland Schwing fest. „Ich freue mich über das großartige Ergebnis langer Planungen und Bauarbeiten“, betonte Schwing. Wie alle anderen Redner des Abends dankte auch er allen an der Planung und am Bau Beteiligten, den Mitarbeitern der Landkreisverwaltung sowie dem Kreistag für die Bereitstellung der finanziellen Mittel.

Nach der kirchlichen Segnung zweier Holzkreuze durch Diakon Wolfgang Schwaab und Pfarrer Stefan Meyer, beide Religionslehrer im Schulzentrum, verglich Anke Frese-Brammer (Architek-

turbüro Frese-Brammer + Brammer) in einer emotionalen Rede die Übergabe des Schulzentrums mit Eltern, die ihr Kind loslassen müssen, wenn es erwachsen ist. „Für uns als Architekteneltern ist heute dieser Tag“, sagte Frese-Brammer gerührt. Sie übergab symbolisch die Schlüssel der Schule an Landrat Roland Schwing, der diese an die Schulleiter Günther Siegel (Gymnasium) und Johann Mertl (Realschule) weiterreichte.

Der Zukunft angepasst

Ihre große Freude über den Abschluss der Bauarbeiten brachten auch die Schulleiter Günther Siegel und Johann Mertl zum Ausdruck. Die Pädagogen haben jahrelang mit der gesamten Schulfamilie geduldig die Arbeiten ertragen und sehen nun, welch Vorzeigebauwerk das Schulzentrum geworden ist. „Die Schule hat sich der Zeit und der Zukunft angepasst“, befand Günther Siegel. Für Johann Mertl war der Tag der Übergabe „ein bewegender und herausragender Tag.“ Im Schulzentrum herrsche „ein Ambiente zum Wohlfühlen.“

Elsenfelds Bürgermeister Matthias Luxem verstand die Millionen-Investition als Beitrag zur nachhaltigen Sicherung des Schulstandorts. „Das Schulzentrum ist ein wichtiges Bildungsangebot“, so Luxem, der die Investition als „richtig und wichtig“ bezeichnete. □

Wissenschaftstag der Europäischen Metropolregion Nürnberg in Erlangen:

Stadt der Zukunft, Zukunft der Regionen

Unter dem Motto „Stadt der Zukunft – Zukunft der Regionen“ trafen sich beim nunmehr 6. Wissenschaftstag der Europäischen Metropolregion Nürnberg wissenschaftlich Interessierte in der Hugenottenstadt Erlangen. Das vom Forum Wissenschaft ausgerichtete „wissenschaftliche Schaufenster“ der Metropolregion versammelte erneut führende Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Bildung und Medien, um künftige Herausforderungen aus Lebensbereichen der modernen Gesellschaft aufzuzeigen und Zukunftspotenziale zu diskutieren. Die Plattform zum wissenschaftlichen Austausch stieß mit über 900 Teilnehmern auch heuer wieder auf enormes Interesse.

Als Gastgeber hießen in diesem Jahr die Stadt Erlangen und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) die Besucher willkommen. FAU-Präsident Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske, gleichzeitig fachlicher Sprecher des Forums Wissenschaft, eröffnete den Wissenschaftstag. Im Anschluss begrüßten der Ratsvorsitzende der Metropolregion und Oberbürgermeister der Stadt Erlangen, Dr. Siegfried Balleis, und Innenminister Joachim Herrmann, MdL, die Gäste.

Aufbruchstimmung in Erlangen

Wie OB Balleis feststellte, ist der Aufbruch ins 21. Jahrhundert in Erlangen mit Händen zu greifen. Die Entwicklung eines vollständig neuen Stadtteils, der Arbeiten, Forschen, Studieren, Wohnen und Freizeit wieder ganz nah zusammenbringt, der

Röthelheimpark, sei so etwas wie „das Sinnbild dieser Aufbruchstimmung, die so gut zu dieser Stadt passt“.

Zukunftsatlas

Erlangens Kreativität, Unternehmerfleiß und Offenheit für das Neue zählten sich aus, so Balleis. In Sachen Bürgerwohlstand, Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven sah zuletzt eine umfangreiche Analyse der Zeitschrift „WirtschaftsWoche“ Erlangen auf Platz 1 unter den 100 einwohnerstärksten Städten Deutschlands. Der Zukunftsatlas des Schweizer Prognos-Instituts, die Kaufkraftstudien der Gesellschaft für Konsumforschung und andere Studien untermauerten diese hervorragende Platzierung regelmäßig.

Als Keynote-Speaker konnte dieses Jahr Prof. Dr.-Ing. Siegfried Russwurm gewonnen werden. Das Siemens-Vorstandsmit-

glied zeigte „Perspektiven der Industrie in einer vernetzten Welt“ auf. Prominenter Gast aus Brüssel war der EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, der in seinem Vortrag einen Einblick in die europäische Energiepolitik gab.

Fünf Themenfelder

Nachmittags standen in simultanen Panels fünf Themenfelder zur Wahl: Künftige Formen der Energienutzung und -speicherung mit einem Seitenblick auf die ethische Komponente des Themas, Infrastruktur der Kommunikation, Medizintechnik, Integration der Kulturen sowie Finanzwelt aus globaler und regionaler Perspektive. In anregenden Impulsreferaten beleuchteten jeweils vier Spezialisten aus Wissenschaft und Wirtschaft Teilaspekte der einzelnen Panels.

Kommunal Finanzen im Spannungsfeld

Mit dem Thema „Kommunal Finanzen im Spannungsfeld von europäischem Fiskalpakt, Schuldenbremse und Zukunftsinvestitionen“ befasste sich Harald Riedel, Finanzreferent der Stadt Nürnberg und Mitglied im Finanzausschuss des Bayerischen Städtetags. Nach Riedels Darstellung besteht das magische Dreieck für den wirtschaftlichen Erfolg und die Wachstumschancen der Europäischen Metropolregion Nürnberg aus gesunden Unternehmen, guten Bildungs- und Forschungsinstitutionen (vom Kindergarten bis zum Max-Planck-Institut) und leistungsfähigen, finanzstarken Kommunen mit hoher Lebens-

qualität. Der Beitrag von mindestens zwei dieser drei kommunizierenden Röhren hänge an der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Europa, dem Bund, Bayern und den Kommunen selbst.

Unbefleckte Empfängnis

„Die unbefleckte Empfängnis aus Haushaltskonsolidierung, Aufrechterhaltung guter öffentlicher Dienstleistungen und Finanzierung der Zukunftsinvestitionen ist nur möglich durch eine sich überdurchschnittlich stark entwickelnde Einnahmeseite“, bemerkte Riedel. Jeder Konjunktüreintrich lasse das Dilemma neu auftreten. Die Einhaltung von Fiskalpakt und Schuldenbremse sowie eines leistungsfähigen Beitrags zur Entwicklung der Metropolregion sei schwer gleichzeitig möglich.

Prof. Dr.-Ing. Heinz Gerhäuser vom Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen IIS Erlangen, der sich mit „I&K als Schlüssel für die Entwicklung ländlicher Räume und Ansatz für Desurbanisierung“ befasste, wies darauf hin, dass für die Ballungszentren einer Metropolregion ein gepflegtes und lebendiges Umland einen wichtigen Standortfaktor darstellt (siehe München).

I&K als Schlüssel für die Entwicklung ländlicher Räume

Gerhäuser zufolge ist I&K für Unternehmen in ländlichen Regionen deshalb von Bedeutung, weil der Geschäftsverkehr zunehmend auf dem Internet basiert, eine fehlende Breitbandanbindung einen Wettbewerbsnachteil darstellt, Bestellunterlagen für Firmen (Kataloge) immer häufiger nur noch als elektronische Dokumente zur Verfügung gestellt werden, die Werbung mit Video-Angeboten hohe Bandbreiten erfordert, Kunden zu großen Online-Anbietern abwandern und schließlich eine lückenhafte Mobilfunkversorgung die Koordination von mo-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Der neue Erste Bürgermeister der Stadt Puchheim heißt Norbert Seidl (SPD). Mit 56,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen ging er als Sieger aus der Stichwahl hervor. Sein Gegenkandidat Harald Heitmeir (CSU), der nach dem ersten Wahlgang um 3,5 Prozent hinter Seidl zurücklag, unterlag in der

Stichwahl mit einem Stimmenanteil von 43,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 39,7 Prozent. Der bisherige Bürgermeister Herbert Kränzlein von der SPD trat nach 24 Jahren nicht mehr an.

Schrobenhausen

Hingegen bleibt Karlheinz Stephan (CSU) Rathauschef in der oberbayerischen Spargelstadt Schrobenhausen. Bei der Bürgermeisterwahl erhielt der 53-Jährige 51,0 Prozent der Stimmen und damit auf Anhieb die notwendige absolute Mehrheit. SPD-Kandidat Peter Miebl musste sich mit 11,8 Prozent begnügen, Rudi Koppold von den Freien Wählern (FW) bekam 20,2 Prozent. Für Georg Berger von der Vereinigung ProSob stimmten 8,4 Prozent, für Markus Kauderer von der Initiative WVSOb 8,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 54,2 Prozent.

Aldorf bei Landshut

Der 47-jährige CSU-Kandidat Helmut Maier ist neuer Rathauschef der Gemeinde Aldorf bei Landshut. Der bisherige 2. Bürgermeister gewann mit 60,1 Prozent der Stimmen überragend deutlich gegen seinen Kontrahenten Georg Wild (SPD/Parteilose Wähler), der bislang 3. Bürgermeister war und 39,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Die Wahlbeteiligung lag bei 58 Prozent. **DK**

bilen Arbeitskräften (z. B. Erreichbarkeit auf Baustellen) erschwert.

Über das Thema „Effiziente Nutzung von Abwärme: Eine Chance für die Region“ referierte Prof. Dr.-Ing. Dieter Brügge-mann, Leiter des Zentrums für Energietechnik (ZET) der Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Technische Thermodynamik und Transportprozesse. Nach seinen Worten senkt eine umfassendere und effizientere Nutzung von Abwärme unmittelbar den Energieverbrauch und die Energiekosten von Unternehmen. Die Abwärmennutzung helfe somit, die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu sichern und zu steigern.

Unternehmen profitieren

Forschungseinrichtungen in der Region entwickelten unter anderem Technologien zur Abwärmennutzung weiter und passten sie an individuelle Rahmenbedingungen an, fuhr Dieter Brügge-mann fort. Unternehmen könnten auf kurzem Wege vom energietechnischen Know-how und der Zusammenarbeit der energietechnischen Zentren profitieren. **DK**

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 13. September 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau · Grünanlagen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder

PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 08265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

ORTMAIER
DRUCK GmbH

Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

FLYERPARA.DE
Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (027 73) 82218
Telefon: (027 73) 82256 · www.hailo-professional.de

Insertieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL **BENZ** SPORT

Tel. 07195 / 69 95 - 0 | Fax 07195 / 69 95 - 77 | info@benz-sport.de

Urkunden, Diplome, Zertifikate

Urkunden Atelier eU
Wertschätzung & Anerkennung

Urkunden für jeden Anlass
und Urkundenzubehör
www.urkunden-atelier.at

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
0 53 26 / 5 02-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

DALW
LÜFTUNGSREINIGUNGS-ANLAGEN

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware - lichtschlauch - led

gerasmühle str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Waldleuchten**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!